

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Zur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 19. August 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verfammlungs-, Bergnügungspreise usw. 15 Pfennig die Zeile; Säufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 95

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Zeitgemäße Betrachtungen zum Arbeitslosenproblem (Schluß). — Zu den bevorstehenden Krankenheftwahlen. — Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1912. — Sozialisierungsdrukachen (Fortsetzung).

Gewerkschaftsrevue: Aufwendungen aus der Werftarbeiterbewegung.

Korrespondenzen: Frankfurt-Offenbach a. M. (Schw.). — Hamburg-Altona (Schw.). — Badr M. M.).

Rundschau: Ferien! — Unglücksfall. — Steuerung und Arbeitslosigkeit. — Annäherungsveruche der Bergarbeiterverbände. — Streiklustig. — Staatsverhältnisse Elemente. — Mir daisch! — Sandwerker und Kaufmann.

### Zeitgemäße Betrachtungen zum Arbeitslosenproblem

(Schluß.)

Betrachten wir nun die Frage der Arbeitslosigkeit unter dem Gesichtspunkte von Großstadt und Provinz. Untersuchen wir kurz, ob denn der „Zug nach der Großstadt“, speziell nach Berlin, wirklich so viel Verlockendes an sich hat, ob es nicht besser wäre, die Großstadtkollegen frügen ihrerseits auch etwas dazu bei, die „Provinzler“ zu überwinden und für eine Ablösung überflüssiger Arbeitskräfte nach der Provinz zu sorgen. Warum verucht man nicht häufiger einen mehrjährigen resp. dauernden Aufenthalt zwecks Kondition auch in einer kleineren oder mittleren Provinzstadt zu nehmen? Sind die Verhältnisse der Großstädte wirklich so viel bessere gegenüber denen der Provinz, daß es unendlich viele gibt, die sich abfolgt nicht hinausraufen aus der Stadt der „jungen heiligen Intelligenz“, um ihr Glück anderwärts zu versuchen?

Mit Ausnahme einer etwa zweijährigen „Tippel“ war Artikelschreiber rund 20 Jahre in Berlin anständig, um jetzt als älterer, verheirateter Kollege nach einer mittleren Provinzstadt überzusiedeln. Es mag mir also gestatt sein, aus praktischen Erfahrungen, da ich jetzt beinahe drei Jahre in dieser Provinzstadt haufe, den Unterschied ein wenig zu illustrieren, den ich bei dem ganzen Wechsel des Arbeitsverhältnisses profitiert resp. auch verloren habe. Zum Glücke kann ich ohne weiteres behaupten, daß die Gewinnchancen die größeren sind.

Löhne, Wohnungsverhältnisse und Lebensmittelpreise, diese Momente müssen bei einer Betrachtung resp. Gegenüberstellung von Großstadt und Provinz unbedingt in den Mittelpunkt der Diskussion treten.

Was hat es nun auf sich mit den in Berlin gezahlten angeblich hohen Löhnen? Wohl haben die in vereinzelt größten und besten Zeitungsbetrieben angestellten Zeitungsleute, immer vorausgesetzt, daß ihr Arbeitsfeld noch nicht von der Maschine abgegriffen ist, speziell als Inferantenleiter gute, ja hohe Löhne zu verdienen. Daß in den Betrieben, aus dem Artikelschreiber herausgegangen, Löhne von 60 bis 65 Mk. bei besserer Saison verdient wurden, war nichts Seltenes. Wohl haben z. B. auch die bekannnten Saisonarbeiter, die Drehbuchseher, Verdienste zu verdienen, die noch über die angegebenen hinausgehen. Aber wohlvorstanden, dieser Lohn wird nur erreicht durch intensivierte Arbeit einerseits und sogenannte „Speckvorteile“ andererseits, und im Drehbuche naturgemäß nur für kurz bemessene Zeit. Ohne diese „Vorteile“ würde der Verdienst merklich zusammenschrumpfen. Und endlich haben ja auch einige Spezialarbeiter gute Verdienste.

Aber das Gros der Berliner Kollegen? Da kommt die traurige Mehrheit der Medaille. Das treffendste Bild darüber hat der Berliner Gauvorstand gegeben, als er kurz vor der letztmaligen Tarifrevision seine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Groß-Berlin anlegte. Es heißt da speziell über die Löhne:

Indes nicht allein durch die Steuerung haben sich die Lohnverhältnisse zugunsten der Gehilfen verschoben, vielmehr ist auch eine Herabdrückung des allgemeinen Lohnniveaus im Laufe der Jahre eingetreten. Mühe schon in der Statistik des Tarifamts vom Jahre 1907 konstatiert werden, daß damals etwa 4000 Gehilfen mehr als im Jahre vorher zum Minimum entlohnt wurden, daß also dieses Minimum bei einer gegen früher größeren Gehilfenzahl zum selben Lohnsatz geworden ist, so hat die Berliner Gehilfenschaft in den letzten Jahren die bittere Erfahrung machen müssen, daß diese Gefaltung der Lohnverhältnisse immer allgemeiner wurde. Wo etwas höhere Anfangslöhne üblich waren, ging man auf das Minimum zurück; wo sonst an älteres Personal noch bessere Löhne gezahlt wurden, erfolgte

durch Personalwechsel eine Reduzierung der Löhne, indem die neuangestellten Gehilfen nur das Minimum erhielten. Zulagen aber wurden in den letzten Jahren meistens strikte abgelehnt.

So ist das Minimum, das doch lediglich die Mindestbezahlung, nicht etwa der Normallohn sein sollte, in der Wirklichkeit sogar für die große Masse der Gehilfen mehr und mehr zum Höchstlohn geworden, denn wenn hier und da auch einmal eine Mark darüber bezahlt wird, so ändert dies doch nichts an der allgemeinen Sachlage. Wie schwer, ja geradezu unmöglich es aber den Gehilfen, besonders denen mit Familie, ist, unter den heutigen Steuerungsverhältnissen mit dem Minimum auszukommen, muß jedem klar sein, der mit offenen Augen im Leben steht. Nur für die allerdingendsten Bedürfnisse reicht das spärliche Einkommen; die Lebenshaltung muß auf das äußerste eingeschränkt, auf die Befriedigung geistiger Bedürfnisse muß fast ganz verzichtet werden. Urgenwie an den neuzeitlichen Erwerbsverhältnissen, an dem von der Technik, der Kunst und Wissenschaft Gebotenen, teilzunehmen, ist für die große Masse der Gehilfen eine pure Unmöglichkeit. Sie müssen, während sich ihren Augen überall ein glänzendes Leben darbietet, mit recht dürftigen Verhältnissen zufrieden sein. Um das zum Lebensunterhalt unbedingt notwendige Einkommen herbeizuschaffen, müssen auch ihre Frauen einen Erwerb nachsorgen und dadurch notgedrungen die Beaufsichtigung und Erziehung der Kinder wie überhaupt das Familienleben vernachlässigen. Sieht sich hierin schon die schlechte wirtschaftliche Lage der Gehilfenschaft, so wird diese durch eine seit Jahren bestehende gewerbliche Ercheinung noch ganz besonders klar erwiesen. Ein großer Teil der Gehilfenschaft kann selbst nicht einmal mit dem Minimum als kändigem Einkommen rechnen, denn nicht nur sind bei der heutigen Produktionsweise Ausstufungskonditionen gang und gäbe, sondern bei der andauernd schlechten Lage des Arbeitsmarktes fehlt einer großen Zahl von Gehilfen wochen-, ja monatelang überhaupt die Arbeitsgelegenheit und damit jeder Verdienst.

Diese Zeiten, deren Richtigkeit der Artikelschreiber nach seinen in Berlin gemachten Beobachtungen nur bestätigen kann, verdienen die ernste Beachtung jedes Kollegen. Es ist ein betäubendes Bild von der Millionenstadt Berlin, welches hier gezeichnet werden mußte, aber es hat den Vorzug, wahr zu sein.

Auch die Lokalausgleichsfrage spielt hierbei eine große Rolle. Die Reichshauptstadt rangiert in Klasse A (25 Proz.); daß eine weitere Erhöhung des Lokalausgleichs bei diesen Orten, welche mit 25 Proz. in ihrer jeweiligen Höchststellung sich befinden, also ein Abertausend dieser Grenze stoßend, dürfte wohl ausgeschlossen sein. Wenn ich nun als Korrektor hier einen Wochenlohn von 34 Mk. erhalte, so käme der hier gezahlte Lohn einem Gehalt in Berlin von 41,65 Mk. gleich, denn die Lokalausgleichsdifferenz von 22 1/2 Proz. ist auf die 34 Mk. bekanntlich anzuschlagen (34 Mk. + 22 1/2 Proz. = 41,65 Mk.). Man ersieht daran, daß im Prozentverhältnisse verglichen, in der Provinz noch gute Mittellöhne gezahlt werden. Mein Anfangsgehalt vor 2 1/2 Jahren betrug 30 Mk. Eignes Emporklettern nach besserer Bewertung seiner Arbeitskraft wird also den Provinzkollegen bald das Drängen nach den „hohen“ Löhnen der Großstädte verleiden.

Es käme bei Betrachtung dieses Punktes ja auch in Betracht der Absatz 4 des § 12 des Tarifs:

Der Höchstlohn des den Orisklassen B, C, D und E entsprechenden Lokalausgleichs kann um 2 1/2 Proz. überschritten werden, sofern die nachbarlichen Verhältnisse einen Ausgleich bedingen oder bei Eintreten des Bedürfnisses und in besonderen Ausnahmefällen. Von letzteren beiden Fällen soll jedoch nur Gebrauch gemacht werden, wenn in den in Betracht kommenden Orten im Jahresdurchschnitt mindestens 50 Gehilfen beschäftigt werden.

Was die Lebensmittelpreise anlangt, so sind diese im Durchschnitt teurer als in der Großstadt. Es mag aber nicht unerwähnt bleiben, daß viele Arbeiter — darunter auch vereinzelt unsere Kollegen — speziell in den kleinen Landorten etwas „Grund und Boden“, sagen wir besser ein Stückchen Land besitzen, auf welchem sie sich die notwendigsten Erzeugnisse (Kartoffeln, Gemüse usw.) selbst anbauen. Wenn es auch meist nur ein geringer Ertrag ist, der dabei herauspringt, so ist derselbe doch geeignet, für den Arbeiter die hohen Lebensmittelpreise in anderer Form nicht zu sein — jedenfalls nicht wie dem Großstädter — fühlbar zu machen.

Nachstehende interessante Gegenüberstellung soll uns den Unterschied deutlich erkennen lassen. Der Preis (er ist immer pro Kilo = 2 Pf. zu verstehen) für die nachfolgend aufgezählten Lebensmittel war im Monate Juni 1913 folgender:

Es kosteten in Berlin und Vororten:	Es kosteten in Eberswalde:
Rindfleisch 1,53 Mk., Kalbfleisch 1,80, Schweinefleisch 1,53, Schweinefleisch 1,80, Schweinefleisch 1,80, Sammelfleisch 1,90, Reis 0,50, Speisebohnen 0,50, Erbsen 0,40, Linsen 0,50, Weizenmehl 0,40, Roggenmehl 0,31, Brot 0,29, Kartoffeln (alte) 0,08, Eibutter 2,60, Backpflaumen 1,—, Mürfelzucker 0,50, Kaffee 3,20, 1 Liter Milch 0,22 Mk.	Rindfleisch 1,80 Mk., Kalbfleisch 2,10, Schweinefleisch 1,80, Schweinefleisch 2,—, Sammelfleisch 2,10, Reis 0,60, Speisebohnen 0,40, Erbsen 0,40, Linsen 0,50, Weizenmehl 0,30, Roggenmehl 0,24, Brot 0,00, Kartoffeln (alte) 0,08, Eibutter 2,50, Backpflaumen 0,00, Mürfelzucker 0,50, Kaffee 3,—, 1 Liter Milch 0,22 Mk.

Derartige Gegenüberstellungen sind jedenfalls ein schätzenswerter Beitrag für Untersuchungen zu unserm Thema „Großstadt und Provinz“.

Die Wohnungsfrage bildet wohl eins der wichtigsten Kapitel im Leben, speziell des verheirateten Arbeiters. Man kann in der Großstadt nicht mit Anrecht behaupten, daß im Durchschnitt ein Viertel des Lohns eines mittelmäßig bezahlten Arbeiters für Mietzins draufgeht. Das Bestreben, möglichst an der Peripherie oder noch besser in den billigeren Vororten Berlins (speziell an der 10- oder 20 Pf.-Bahngasse) zu wohnen, wird für den Großstädter immer bemerkbarer.

Einen interessanten Beweis für diese Behauptung liefert das neueste „Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin“. Es heißt da u. a.:

Am 28. Juni 1913 betrug die Bevölkerungsziffer 207.959. Während die Vororte rapid wachsen, ist in der Bevölkerungsziffer von Berlin seit fünf Jahren kein Steigen zu bemerken. Interessant ist die Verteilung der Bevölkerung in den einzelnen Stadtteilen. Am 1. Dezember 1910 zeigte gegen den 1. Dezember 1905 der Norden eine Zunahme von 79.690, der Osten eine solche von 34.150, dagegen der Süden eine Abnahme um 31.608, der Westen um 8304, der Südwesten um 16.399 und die Mitte um 26.426 Einwohner. Es macht sich also ein Zug nach den billigeren Vierteln (Osten und Norden) bemerkbar.

Daß sich unter diesen Umherziehenden auch ein erheblicher Prozentsatz unserer Kollegen befindet, ist erklärlich. Sie alle drückt ja der oft recht hohe Mietzins, der niemals in keinem Verhältnisse zu den gemieteten Räumlichkeiten steht!

Wie sehr die Berliner Kollegen unter der Wohnungsmisere zu leiden haben, das beweist an einem reichhaltigen statistischen Materiale der Berliner Gauvorstand, der in der Serbereichaffung von Material über die Verhältnisse der Berliner Kollegen das Menschenmögliche leistet. Hören wir also:

Zu alledem kommt für die Berliner Gehilfenschaft noch ein Umstand, der ihre Löhne in einschneidender Weise beeinflusst, nämlich die durch die großstädtischen Wohnungsverhältnisse bedingten hohen Ausgaben. In der Nähe der Arbeitsstelle zu wohnen, ist nur wenigen Gehilfen, und zwar nur bei hohen Mietpreisen möglich. Die große Masse der Gehilfen dagegen ist gezwungen, in den Außenbezirken oder in den Vororten zu wohnen, für den Weg zur Arbeitsstätte der weiten Entfernungen wegen Verkehrsmittel zu benutzen und dafür ganz erhebliche Geldausgaben zu machen. Welch verhältnismäßig großer Teil des Verdienstes dadurch verbraucht wird, hat eine 1911 aufgenommene Statistik ergeben, in der sich die Angaben über das verbrauchte Fahrgeld zwischen 30 Pf. und — man staune! — 6 Mk. (sechs Mark) pro Woche bewegten und einen Durchschnitt von rund 1,50 Mk. aufwiesen.

Das sind im Jahresdurchschnitt gerechnet 76 Mk. Diese müssen bei Berechnung der Miete doch ebenfalls in Anrechnung gebracht werden! Von solchen Ausgaben sind glücklicherweise die Kollegen in mittleren und kleinen Provinzorten befreit.

Um nun auf den eigentlichen Mietpreis der Wohnungen zu sprechen zu kommen, zählt man beispielsweise (im Jahre 1913 übliche Durchschnittspreise) hier in Eberswalde: Für zwei Stuben und Küche (nebst Zubehör), welche Räumlichkeiten für die Mehrzahl der verheirateten Kollegen wohl

hauptsächlich in Betracht kommen, in Westend (neuer Stadtteil) 264 Mk. jährlich, im Zentrum der Stadt 300 Mk., in der Altstadt 225 Mk. Eine Dreizimmerwohnung mit allem Zubehör gibt es zum Preise von 360 Mk. In Berlin würde eine solche Wohnung im Durchschnitt wohl mindestens kosten: Eine Zweizimmerwohnung je nach Lage und Bequemlichkeit (Zubehör) jährlich 350—400 Mk. Es kann auch billigere Wohnungen von diesem Umlange geben, dann befinden sich dieselben aber vier Stockwerke hoch im Sinterhaufe.

Wohnungen von nur einer Stube und Küche kosten immerhin 300—350 Mk. pro Jahr. Es kommt, wie schon einmal erwähnt, speziell auf die Lage der Stadtviertel an. Auch ist zu beachten, daß immer nur mit gewissen Durchschnittsverhältnissen gerechnet werden kann.

Ein andres, nicht unwichtiges Kapitel bilden die Erkrankungsverhältnisse der Großstadtkollegen, und darunter sind wieder die des Nervensystems von besonderer Bedeutung. Für Berlin ist in den Ausweisen der Berliner Ortskrankenkasse für Buchdrucker zu lesen:

Erkrankungen des Nervensystems haben sich im verfloffenen Jahre (1911) wieder vermehrt. Es waren zu verzeichnen:

Jahre	Erkrankungen	Krankheitslage
1911	1402	47087
1910	1345	42548
1909	1240	44283

Es ist also eine ständige Zunahme der Erkrankungen festzustellen. Durch die Entwicklung des Buchdruckgewerbes (Sehmaschinen, Ansprüche an die Arbeitsleistungen usw.) werden Anforderungen an das Nervensystem des einzelnen gestellt, denen die Kräfte nicht nachhalten.

Wann heißt es zum Schluß:

Bei diesen hohen Ziffern dürfte es gerechtfertigt sein, die Erkrankungen des Nervensystems als Berufskrankheiten der im Buchdruckgewerbe Beschäftigten anzusprechen.

Das ist eine augenfällige Widerlegung des Spektakels über den Rückgang der Leistungen und ebenfalls eine weitere gründliche Widerlegung der Schindrederei. Zum andern sprechen diese Darlegungen auch für die Unterschiedlichkeit der gesundheitlichen Verhältnisse der Kollegen in der Großstadt und in der Provinz. Auch daß hier wieder die Provinz im Vorteil ist, bedarf danach keiner weiteren Beweise.

Den Kollegen ist durch die tarifliche Bestimmung (§ 15 Abs. 2) betreffend die Stellenangebote nach auswärts gegen früher eine gewisse Sicherheit und eine Erleichterung ebenfalls geboten, wenn sie sich zu einem Konditionswechsel nach außerhalb entschließen. Gewöhnlich sind die Provinzprinzipale mehr daran, annehmbare Löhne zu zahlen und den Großstadtkollegen größere Gewähr für längere Konditionsdauer zu bieten, so dürfen auch viele Großstadt- (speziell Berliner) Kollegen eher gewillt sein, ihr Domizil in einem milderem, oder kleinerem Orte der Provinz aufzuschlagen. Nicht bloß zu einem vorübergehenden Besuche, sondern im großen und ganzen der Fall ist. Jedem, falls der Schreiber dieses die Beobachtung gemacht, daß ein Konditionswechsel seitens der Kollegen an seinem Orte ziemlich vereinzelt stattgefunden hat, Kündigungen von Seiten des Geschäfts waren ebenfalls selten zu verzeichnen. Sicherlich Grund genug, von einem stabileren Arbeitsverhältnis als in der Großstadt zu sprechen.

Wenn der Verbandsvorstand noch ein übriges tun will, dann möge er die Bildungsbestrebungen, die sich bei den Provinzkollegen ebenso bemerkbar machen wie bei den Kollegen der Großstädte, tatkräftig unterstützen. Die Summen, welche hierfür aufgewendet werden, fragen tausendfältige Früchte.

Möge das frühe Kapitel der Arbeitslosigkeit von beiden Tarifkontrahenten einer andernden und ersten Beobachtung unterzogen werden und mögen endlich Mittel gefunden werden, diesen Krebschaden energisch zu begegnen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg zur Tat!

Eberswalde. Franz Seinrich.

## Zu den bevorstehenden Krankenkassenwahlen

Die Generalkommission erfuhr die Arbeiterpresse um Nachdruck nachfolgenden aktuellen Artikels, der eine gute Ergänzung zu dem in Nr. 92 gebrachten Aufsatz von O. M. bildet und der allgemeinsten Beachtung hiermit dringend empfohlen wird.

Am 1. Januar 1914 treten die neuen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung in Kraft. Die Versicherung ist erheblich ausgedehnt. Ihr sind neu unterstellt die Arbeitnehmer männlichen und weiblichen Geschlechts in der Landwirtschaft, die Dienstboten, die unfähigen Beschäftigten, die im Wandergewerbe und die im Säusgewerbe Tätigen. Für Personen, deren Versicherungspflicht bisher von einem Einkommen bis zu 2000 Mk. abhängig war, ist die Versicherungspflicht erstreckt bis auf ein Einkommen von 2500 Mk.

Für die Versicherung sind die Träger, die Krankenkassen, zum Teil auf wesentlich andere Grundlagen gestellt als bisher. Ein großer Teil der bisherigen Krankenkassen geht ein, es verschwindet auch die Gemeindefrankenversicherung. Die Reichsversicherungsordnung kennt nur Ortskrankenkassen, Landkrankenkassen, Betriebskrankenkassen und Innungskrankenkassen.

Bestehende Ortskrankenkassen können zu allgemeinen Ortskrankenkassen ausgebaut oder als besondere Ortskrankenkassen zugelassen werden. Sonst sind allgemeine Ortskrankenkassen neu zu errichten.

Das hat noch in diesem Jahre zu geschehen, damit am 1. Januar die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung erfüllt werden können. Es wird im wesentlichen auch schon in den einzelnen Bezirken darüber Klarheit bestehen, wie es mit der Organisation der Krankenkassen wird.

Es gilt jedoch, in den nächsten Wochen und Monaten die Wahl für den Ausschuss dieser Krankenkassen und dann für den Vorstand vorzunehmen. In den Landkrankenkassen haben die Versicherer leider keinen Einfluß auf die Zusammenlegung des Ausschusses und Vorstandes. Hier wählt die Behörde die Vertreter. Das trifft namentlich die neu der Versicherung unterstellten Personen, die dort, wo eine Landkrankenkasse errichtet wird, dieser angehören müssen. Wo eine Landkrankenkasse nicht errichtet ist, ist ihre Versicherungspflicht bei den andern Krankenkassen begründet. Und hier, bei den Ortskrankenkassen, bei den Betriebs- und bei den Innungskrankenkassen, wählen die Mitglieder den Ausschuss.

Für die Ortskrankenkassen hat der Bundesrat Vorschriften erlassen, nach denen auch die neu der Versicherung unterstellten Personen an den Wahlen zum Ausschusse teilnehmen. Der Bundesrat hat bestimmt, daß bei neu errichteten allgemeinen Ortskrankenkassen das zuständige Versicherungsamt Wählerlisten aufzustellen und dann die Wahlberechtigten durch öffentliche Bekanntmachung aufzufordern hat, sich zur Eintragung in diese Wählerlisten zu melden. Eine besondere Benachdrigung der einzelnen Wähler findet nicht statt. Diese Anordnungen sollen auch für die durch die Reichsversicherung neu in die Krankenversicherung eingezogenen Mitglieder ausgefallener allgemeiner Ortskrankenkassen und für die Arbeitgeber dieser Mitglieder gelten. Es kann jedoch die obere Verwaltungsbehörde Abweichungen anordnen oder zulassen. Sie kann auch insbesondere bestimmen, wie weit Wahlberechtigte, die nicht in die Wählerliste eingetragen sind, gleichwohl bei gehörigem Ausweis über ihre Wahlberechtigung zur Wahl zugelassen sind, und wie dieser Ausweis erbracht werden kann.

Es erwächst nun allen der Krankenkassenversicherung unterliegenden Personen die dringende Pflicht und Aufgabe, sich an diesen in nächster Zeit stattfindenden Wahlen zu beteiligen und dazu sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen.

Wahlberechtigt ist jede der Versicherung unterliegende Person, sofern sie über 21 Jahre alt ist. Auch Ausländer sind wahlberechtigt, soweit sie Mitglieder der Krankenkassen sind oder vom 1. Januar 1914 sein werden. Sie können nur nicht in die Organe der Versicherungsfrüher und in die Versicherungsbehörden gewählt werden. Das Geschlecht der Wahlberechtigten spielt keine Rolle. Es muß namentlich den Frauen dringend ans Herz gelegt werden, ihren ganzen Einfluß bei den Wahlen geltend zu machen. Ob die Kasse eine Schwangerenunterstützung, Hebammendienste für die weiblichen Versicherungspflichtigen und Wochenhilfe an versicherungsfreie Ehefrauen und andres mehr gewährt, hängt ganz von dem sozialen Verstandnisse der gewählten Vertreter ab, da es sich bei diesen Leistungen nicht um die der Klassen obliegenden Pflichtleistungen handelt. Ob Mann oder Frau also, ganz gleichgültig, sie alle müssen sich an den Wahlen beteiligen, und möglichst dafür sorgen, daß freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausschuss einfließen werden. Das ist nicht nur notwendig, um Leute in den Ausschuss zu bekommen, die Verständnis für den weiteren Ausbau der Krankenversicherung haben und die nach Möglichkeit dafür sorgen, daß die nach der Reichsversicherungsordnung zulässigen freiwilligen Leistungen der Krankenkassen auch durchgeführt werden, sondern es ist auch noch aus folgendem notwendig: Die Vorstandsmitglieder aller Krankenkassen wählen späterhin die Beisitzer beim Versicherungsamte, diese wieder wählen die Beisitzer beim Oberversicherungsamt und die letzteren endlich wieder die Beisitzer beim Reichsversicherungsamte bzw. Landesversicherungsamte.

Die Wahlen finden nach den Grundzügen der Verhältniswahl statt. Das muß ein Grund mehr sein für die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, alles daran zu setzen, Leute ihres Vertrauens in den Ausschuss der Krankenkasse zu bekommen. Sicher werden alle jene, die vorgeben, auch die Interessen der Arbeiter zu vertreten, in Wirklichkeit aber noch immer verlag haben, wenn es gilt, ernstlich die Interessen der Versicherten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen wahrzunehmen, sich an den Wahlen beteiligen.

Wer will, daß sozialer Geist in den Krankenkassen und in den rechtsprechenden Behörden herrscht, der muß die Wahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter unterstützen.

Den Gewerkschaftskartellen aber erwächst die Pflicht, die Wahlen vorzubereiten. Sie haben insbesondere den der Krankenkassenversicherung vom 1. Januar 1914 ab unterstehenden Personen durch örtliche Veröffentlichungen kundzutun, ob und wo sie sich in die Wählerlisten eintragen lassen müssen.

Die bereits erwähnten Bestimmungen des Bundesrats haben schon Anlaß zu den verschiedensten Auslegungen gegeben. Es macht sich bei einzelnen Behörden die Meinung geltend, daß sich auch die jetzt schon der Versicherung unterstehenden Personen, also die bisherigen Mitglieder der Krankenkassen, neu in die Wählerlisten eintragen lassen müssen. Andererseits aber auch wieder wird für diese Personen die Wahlberechtigung anerkannt, wenn sie in den Mitgliederlisten ihrer bisherigen Krankenkasse verzeichnet sind. Ja, es wird auch die Meinung vertreten, daß die Mitgliederliste einer ausgefallenen allgemeinen Ortskrankenkasse zum Ausweise der Wahlberechtigung diene, daß aber die Mitglieder von Krankenkassen, die geschlossen werden, sich auch in die Wählerlisten eintragen lassen müssen. Wo dies letzte Auffassung bei den Behörden besteht, werde

man sich sofort an die höhere Verwaltungsbehörde mit dem Ersuchen, eine Änderung einzuleiten zu lassen. Entweder müssen sich alle Krankenversicherungspflichtigen Personen in die Wählerliste eintragen lassen, oder aber, wo für die bisher schon versicherten Personen die Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse für die Wahlberechtigung entscheidend ist, da muß es für alle gelten.

Die kommenden Krankenkassenwahlen dürfen nicht geringer geachtet werden als irgendeine politische Wahl. Das ureigenste Interesse jedes einzelnen, der sozialen Fortschritt will, soll ihn veranlassen, für die Kandidatenliste der freien gewerkschaftlichen Arbeiterkassen die Stimme abzugeben.

## Gewerkschaftsrevue

(Schluß)

Den Verlauf und noch mehr den Ausgang des außerordentlichen Metallarbeiterverbandstags wird jeder begrüßen müssen, dem daran gelegen ist, daß der Einfluß einer Gewerkschaft auf die Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder keine Schmälerung erfährt. Wenn die Delegierten im Interesse des moralischen Ansehens ihres Verbandes die Werkarbeiter zwingen, den wilden Streik zu beenden und die Arbeit wieder aufzunehmen, so leisten sie dadurch zugleich der gesamten Gewerkschaftsbewegung einen bemerkenswerten Dienst. Der gewaltige Einfluß, den die Gewerkschaften im allgemeinen bisher schon durch den Abschluß kollektiver Arbeitsverträge auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgeübt haben und fernerhin noch ausüben werden, darf durch eine einzelne Gewerkschaft keine Einbuße erfahren. Das wäre aber unfreilich erfolgt, wenn eine mildere Beurteilung des disziplinwidrigen Vorgehens der Werkarbeiter auf der Generalversammlung Maß gegriffen haben würde. Nach dem Verlaufe der Metallarbeitertagung wird keine Arbeitgeberorganisation aus den Vorgängen auf den Werften das Recht ableiten können, gegen Arbeiterorganisationen den Vorwurf mangelnder Verhandlungsfähigkeit und Vertragsfähigkeit zu erheben. Dieser Umstand darf nicht gering veranschlagt werden, wenn man bedenkt, wie schwer es den Gewerkschaften geworden ist, durch schriftliches und planmäßiges Vorgehen sich das Recht zu erkämpfen, bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein gewichtiges Wort mitreden zu dürfen. Dadurch erst gelang es den Gewerkschaften, die soziale Bedeutung des Arbeiters gegenüber dem Unternehmer ins rechte Licht zu setzen und den Herrenstandpunkt zu erschüttern. Selbst in der Schwerindustrie kann dieser nicht mehr mit gleicher Rücksichtslosigkeit aufrecht erhalten werden wie ehemals.

In einer Zeit, in der die Gegner der Gewerkschaften in Berlin sich den Organisations- und Kampfmöglichkeiten der Arbeiter und ihre Kampfe wirkungslos zu machen, ist es besonders nötig, die Köpfe klar und bestimmt zu erhalten. Als die Hamburger Werkarbeiter gegen den Willen ihrer Verbandsleitung in den Streik eintraten, da wünschte wohl niemand heftlicher als die Scharfmacher aller Schattierungen, daß dieser Disziplinbruch sich durchsetzen möge zum Nachteil des Deutschen Metallarbeiterverbandes nicht nur, sondern der ganzen zentralistischen Gewerkschaftsbewegung. Nicht minder groß waren die Hoffnungen der Syndikalisten, die sich an kaiserlicher Wortabteilung zu berechnen pflegen. Beide Interessengruppen sehen sich nun durch die außerordentliche Generalversammlung grimmig enttäuscht. Während sich die Scharfmacherpresse mit dem Gedanken krüft, es werde nur ein Wyrhustzug sein, der in Berlin erforscht wurde, schlägt Frihe Kaiser in seiner „Einigkeit“ wahre Purzelbäume vor Entrüstung darüber, daß die Vernunft und die bessere Einsicht der Delegierten der gewerkschaftlichen Disziplin zum Siege verhalfen.

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“, jenes Scharfmacherorgan vom reinsten Wasser, betrieb noch in der letzten Nummer ihre plumpe Stimmungsmache gegen die Gewerkschaftsführer, die von Anfang an den Streik gewollt und nun die Herrschaft über die Massen verloren hätten, wie folgt:

Was Kundige längst vorausgesehen haben, ist dennoch überraschend schnell eingetreten, die gewerkschaftlich organisierten Werkarbeiter haben in überwältigender großer Zahl ihren Führern die Gefolgschaft verlag. Daß es einmal so kommen mußte, war, wie gesagt, jedem klar, der sich etwas eingehender mit der Gewerkschaftsbewegung befaßt und deren inneren ungelunden Kern erkannt hat. Bezeichnend hierfür sind die Worte des Werkstoffdelegierten der Kesselschmiede einer Hamburger Werft, der nach den Berichten der sozialdemokratischen Tageszeitungen seinem Verbandsvorstand erklärte, daß die Arbeiter sich nicht mehr länger Sand in die Augen streuen lassen wollten. Wundert muß man sich nur, daß sie es sich so lange gefallen lassen und den hochtönenden Phrasen ihrer Führer entzückten Ohren gelauscht haben. Wenn den Massen jahraus jahrein goldne Berge versprochen werden und ihnen die Macht ihrer Organisation, die nach den Worten der Herren Gewerkschaftsbeamten bekanntlich grenzenlos ist, in den glühendsten Farben und allen Variationen geschildert wird, so ist doch die selbstverständliche Folge, daß sich diese Massen nicht plötzlich durch nichterne gegenteilige Worte aus der Ekstase, in die sie mit Gewalt hineingetrieben sind, wieder befreien können. Wo bleibt nun die „eiserner Disziplin“ und die „selbstwühlte Erziehungsarbeit“, mit der die Führer der Gewerkschaftsbewegung in der ihnen eignen befehdenden Art in der ihnen dienbaren Presse so oft und gern renommieren? Wie Spreu vor dem Wind



ist sie zerstoßen, und jetzt stehen die Vorstände der Arbeitervereiner über da wie die so gern von ihnen zitierten bekräftigten Vorgesetzten, denen die Seele weggeschwommen sind. Ihnen sind aber gleich eine derartige Anzahl Felle weggeschwommen, daß sie wohl oder übel auch ihr eigenes Fell werden zum Markte fragen müssen.

Viele auf die niedrigsten Instinkte angelegte Hezerei der Scharmacher gegen verantwortungsbewußt handelnde Männer, die das Vertrauen der Mitglieder auf ihre Posten berief, soll lediglich dazu dienen, die verhasste Gewerkschaftsbewegung in Mißkredit zu bringen. Das gewissenlose Handeln gehört eben genau so zum Metier der Unternehmerkulis wie das Schweigewort von ihren Auftraggebern. Je hochmütiger diese feilen Knechtseelen auf die Arbeiter herabblicken, desto verzückter schauen sie empor zu ihren Arbeits- und Brotsgebern. Ein Gewerkschaftsführer, der im Berufe groß geworden ist, wird es für keine Nicht halten, selbst bei Meinungsverschiedenheiten seine abweichende Ansicht energisch zu vertreten, ohne die Opposition seiner „Arbeitsgeber“ zu fürchten. Anders der Unternehmerkuli. Er wird niemals den Mut besitzen, furchtlos und nachdrücklich seine Überzeugung selbst dann zu vertreten, wenn seine Stellung auf dem Spiele steht. Daraus erklärt es sich auch, daß man wohl schon von Gewerkschaftsführern gehört hat, die zum Frieden mahnten, aber noch niemals von Angehörigen der Unternehmerverbände, die nicht das wüste Sehen als ihre vornehmste Aufgabe betrachteten.

Es ist ein Segen für unsere deutsche Gewerkschaftsbewegung, daß sie von Männern geleitet und beraten wird, die auch in kritischen Zeiten den Boden der Wirklichkeit nicht unter den Füßen verlieren. Von Männern, die durch sorgsame Arbeit die Schlagkraft der einzelnen Organisationen zu erhalten und zu erhöhen bestrebt sind im Interesse der Mitglieder selbst. Das zeigte sich besonders deutlich bei den Verhandlungen des Metallarbeiterverbandstags. Bei seiner Einberufung fehlte es nicht an Stimmen, die ihrer Meinung dahin Ausdruck gaben, der Vorstand des Metallarbeiterverbandes werde sich für die Durchführung der Werftarbeiterbewegung aussprechen, er wolle die Verantwortung hierfür nur von der Generalversammlung mit getragen wissen. Als sich indes später der Vorstand mit größter Entschiedenheit gegen die Anerkennung der Bewegung ausgesprochen, da mag es manchem Delegierten schwer geworden sein, um höherer gewerkschaftlicher Interessen willen die Kameraden auf den Werften lassen zu lassen, doch die Konsequenz für künftige Fälle bestimmte ihn schließlich dazu. Das Ergebnis der ersten Abstimmung war ein deutlicher Beweis für diese Annahme. Die absolute Mehrheit des Verbandstags betrug 72 Stimmen; da 67 Delegierte für die Anerkennung der Bewegung stimmten, fehlten somit nur noch fünf Stimmen, um einen Beschluß herbeizuführen, der bedenklieh gewesen wäre. Die erdrückende Mehrheit, welche die zweite, entgegengesetzte Resolution auf sich vereinigte, bleibt selbst dann ein erfreuliches Moment, wenn man annehmen möchte, es hätte eine Anzahl der Delegierten nur deshalb dafür gestimmt, weil dadurch der Streikenden Unterstützung gesichert würde. Der Beschluß ist nicht ohne weiteres zu beanstanden. Seine gewerkschaftliche Pflichtbewusstheit; wenn man bedenkt, was für den Metallarbeiterverband auf dem Spiele stand. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß eine Zerstückelung der Organisation an der Wasserkannte zu befürchten stehe, wenn der Streik nicht anerkannt werden würde. Weiter wurde in der Debatte betont, daß es kein Unternehmerum gebe, das die Arbeiter so schikanieren wie die Werksbesitzer. Kein organisierter Arbeiter wird an der Wahrheit dieser Worte zweifeln, und viele Delegierte werden sogar am eigenen Leibe gespürt haben, was es heißt, gegen das Scharmacherum auf den Werften anzukämpfen. Und trotzdem ein solcher Beschluß mit 126 gegen 18 Stimmen. Es spricht daraus zweifellos der feste Wille, Einzelinteressen dem Gesamtinteresse der Organisation unterzuordnen, und auf diese Weise den Deutschen Metallarbeiterverband der Gesamtheit seiner Mitglieder dienlich zu erhalten. Damit wurden die Delegierten nur dem Grundgedanken jeder Organisation gerecht, ohne befürchten zu müssen, ihre ausständigen Kameraden ungerecht behandelt zu haben. Indem sie den Verbandsvorstand beauftragten, erneute Verhandlungen mit den Werksleitungen nachzusuchen, stellten sie gleichzeitig den Werksleitern eine Abstellung ihrer berechtigten Beschwerden in Aussicht. Mehr ließ sich im Augenblicke nicht gut tun. Das Wertvolle in der Stellungnahme des Metallarbeiterverbandstags liegt schließlich auch in der gründlichen Durchkreuzung der Pläne des Verbandes der Metallindustriellen. Dieser hatte seine Hoffnungen ebenfalls auf den Sieg des zerkündernden Individualismus gesetzt, um langgehegte Ausprägungsgelüste wirksam werden zu lassen. Die gewerkschaftliche Selbstzucht aber machte sie zu schanden, und das ist gut so.

Kann man als Gewerkschaftler mit der Befestigung der Werftarbeiterbewegung im großen und ganzen zufrieden sein, so doch nicht mit gewissen Begleitermeinungen. Schon vor dem Zusammentritte des Verbandstags erschienen in der Arbeiterpresse Artikel, die darauf hinwiesen, wie berechtigt und verständlich der Kampf der Werftarbeiter sei. Daran wird wohl kein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter gezweifelt haben, selbst dann nicht, wenn er die Art und Weise, wie der Werftarbeiterkampf vor sich ging, entscheiden beurteilen mußte. Die Dinge liegen heute aber in solchem Maße offenbar so, daß man gut daran tut, seine Überzeugung von der Berechtigung bestimmter Arbeiterforderungen möglichst oft und besonders zu betonen, um nicht in den Bereich der Arbeiterfeindschaft zu kommen. Weiter war in der Arbeiterpresse die Rede davon, daß da, wo die Arbeiter nach den Geboten einer guten gewerkschaftlichen Taktik versuchen, alle Wege der Verhandlung zu erschöpfen, die Unternehmer diese Verhandlungen nur zu oft als Mittel benutzen, die Arbeiter zu narren und mit immer neuen

Ausreden, Gegenvorschlägen und unverbindlichen Redensarten die Entscheidung ins Endlose zu verschleppen.“ Das kann recht verwirrend wirken, zumal dann, wenn später in derselben Zeitung von den Metallarbeitern verlangt wird, die Einheit der Organisation zu wahren und allen Einflüsterungen, kämen sie nun von rechts oder links, die Tür zu weisen. Doch hierbei ist es nicht geblieben, es hat nach dem Statistiken des Metallarbeiterverbandstags auch nicht an direkter unbefugter Einmischung in gewerkschaftliche Angelegenheiten gefehlt. So kam eine Versammlung des sozialdemokratischen Kreiswahlvereins für Niederbarnim auf Befürwortung des Reichstagsabgeordneten Städtagens zu folgender Entschliessung: „Die Generalversammlung bedauert, daß der außerordentliche Verbandstag der Metallarbeiter den Hamburger Antrag, welcher die Anerkennung des Werftarbeiterkampfes forderte, abgelehnt hat. Diese Ablehnung birgt die Gefahr in sich, daß die gelben Werksvereine, welche immerwährend bekämpft werden, zu einer noch größeren Gefahr für die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung werden können und damit in der Arbeiterschaft eine Stimmung erzeugt wird, die der Propagierung der Massenaktion den Weg versperrt.“ Trotzdem verschiedene Redner, darunter der Vorsitzende der Versammlung, entschieden vor der Annahme der Resolution warnten, erfolgte dies doch. In einer Nummerung zu dem Versammlungsberichte gab die „Vorwärts“-Redaktion zu erkennen, daß es nicht Sache einer Parteioffiziation sein könne, durch einen Beschluß in eine gewerkschaftliche Angelegenheit einzugreifen, die zurzeit noch nicht völlig erledigt sei. Den gleichen Standpunkt nahmen fast alle übrigen Parteioffene ein, darunter sogar die „Leipziger Volkszeitung“. Besonders scharf nimmt die Redaktion der „Frankfurter Tagespost“ ihre Niederbarnimer Parteigenossen aufs Korn, wenn sie schreibt:

Einmal hat ein wichtiger Mann gesagt, daß die Fehler dazu da sind, daß sie gemacht werden, d. h. man soll sich fröhnen über Fehler, denn niemand ist ja fehlerlos, jeden kann es geschehen, daß er Fehler macht, und man soll mit den Vorwürfen parieren sein. Also man soll das den Arbeiter auf den Werften nicht nachfragen, daß sie uns einmal gründlich entläßt haben. Aber Fehler sind auch dazu da, das man aus ihnen lerne. Deshalb muß man bei aller kameradschaftlichen Gesinnung auch sagen, daß das nicht wiederholt werden darf, was den Zusammenbruch dieser Werftarbeiterbewegung erwarten ließ und vorbereitet hat. Nichts ist falkcher, nichts ist weniger sozialistisch, nichts ist vor allem weniger marxistisch, als die Nachgiebigkeit gegen jede Stimmung, mag sie noch so revolutionäre Gestalt annehmen. Den Blick auf das Ganze gerichtet zu haben, das Gesamtinteresse der Arbeiter zu wahren, bei dem Sollen und Handeln jeder Gruppe der Arbeiter von ihr zu fordern, daß sie sich eingelebter fühlt in das Klasseninteresse der Arbeiterschaft, das ist wirklich sozialistisch, das heißt wirklich den Lehren eines Karl Marx folgen, mögen auch Leute, die von der Gewerkschaftsbewegung nur sehr nebelhafte Vorstellungen haben, mit Bewunderung auf die Werksbesitzer der außerordentlichen Generalversammlung der Metallarbeiter ihren Widerpruch entgegenstellen. Die außerordentliche Generalversammlung hätte großes Ansehen über die Arbeiterbewegung Deutschlands gebracht, wenn sie so entschieden hätte, wie es die Niederbarnimer Genossen gewünscht haben. Wir hoffen, daß diese Niederbarnimer Beschlüsse ein einmaliges Taugen außerhalb der Reihe bleiben werden. Es wäre verhängnisvoll, wenn zu allen Fehlern noch der käme, daß man über diese gewerkschaftlichen Fragen in den Kreisen der politischen Organisationen das letzte Wort sprechen wollte. Die Gewerkschaften sind Manns genug, sich selber über die Fehler klar zu werden.

Wenn die Abwehr einer unbefugten Einmischung in reine Gewerkschaftsangelegenheiten aus dem politischen Lager selbst in so kräftigen Tönen erfolgt, dann braucht von gewerkschaftlicher Seite nicht mehr viel dazu gesagt zu werden. Die Gewerkschaften sind allerdings selbst Manns genug, um gegen Beschlüsse und Bestrebungen, welche die Arbeiterbewegung schädigen, Front zu machen. Besondere Prinzipienwächter kann die Gewerkschaftsbewegung sehr wohl entbehren. Sobald ihrer Ansicht nach die Interessen der Arbeiterbewegung gefährdet sind, wird man ihre eignen Organe auf dem Posten finden.

Was uns nicht umbringt, das macht uns stärker! Möge also der Sieg der Disziplin über die wilde Werftarbeiterbewegung nur weiteren Festigung des Gewerkschaftsgedankens beitragen. Und wenn gerade jetzt die Wogen in den Werftarbeiterversammlungen hochgehen wegen des Beschlusses der Generalversammlung und insbesondere wegen des Verhaltens des Verbandsvorstandes, der die Werftarbeiter als Elitektruppe fächerlich gemacht haben soll, dann müssen wir sagen, Schliche hat nur seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit als Vorsitzender des großen Deutschen Metallarbeiterverbandes getan. Er hat das getan, was der eben verstorbene August Bebel in seiner bekannten Offenheit und Geradheit von einem wirklichen Gewerkschaftsführer verlangte, als er gelegentlich der Berliner Mauerbewegung im Jahre 1907 sagte: „Das wären keine Führer, wenn sie nicht die Pflicht und Schuldigkeit empfänden, bevor sie in einen so schweren Kampf eintreten, noch einmal genau zu erwägen, ob die Situation dazu einermahnen angeht, diesen Kampf mit Ausschluß auf Erfolg führen zu können. Daraus sollte man ihnen keinen Vorwurf machen, sondern im Gegenteil Anerkennung zollen; denn das beweist, daß sie es mit ihrer Verantwortung sehr ernst nehmen. Die Führer sollen nicht etwa sklavisch den Wünschen der Masse folgen, sondern sie sollen nicht allein die speziellen Zustände in dem betreffenden Gewerbe, sondern auch die allgemeinen Verhältnisse studieren und prüfen und danach entscheiden, ob gewisse Schritte getan werden können. Wenn ich bestimmte

Forderungen stelle oder gar einen Kampf aufnehme, dann habe ich vorher das Terrain zu prüfen; ich muß wissen, wie die Umstände beschaffen sind, unter denen ich den Kampf aufnehmen kann. Das wäre ein schlechter, ja geradezu ein gewissenloser General, der seiner Armee einschließt, den Kampf aufzunehmen, wenn er mittlerweile die Überzeugung gewonnen hat, daß dieser Kampf nicht durchführbar ist!“

## Die deutschen Gewerkschaftskartelle

□ □ □ □ □ □ im Jahre 1912 □ □ □ □ □ □

Es gab eine Zeit, in der diese örtlichen Organisationen das Schwergewicht der gewerkschaftlichen Bewegung bildeten. Das waren die Anfangsjahre gewerkschaftlicher Entwicklung. Damals waren die örtlichen Kartelle vielfach das finanzielle Rückgrat der Gewerkschaften in Lohnkämpfen. Die Erstarlung und Berooffnungung der Zentralverbände löste diese Wirkksamkeit der Kartelle ab und wies ihnen dafür eine Reihe anderer wichtiger Aufgaben zu.

Die Gewerkschaftsagitation, die im letzten Jahrzehnte meist erstens betrieben, in die kleinen Landstädte und Landorte hinausgetragen wurde, ist durch die Einrichtung sogenannter gelber Organisationen gezwungen, sich wieder mehr intensiv zu betätigen. Dazu drängt auch der wachsende Einfluß der Tarifverträge und der paritätischen Arbeitsnachweise, die die einseitige Organisation der Arbeiter zur dringenden Pflicht machen. Die Dezentralisation der Arbeiterversicherungsanstalten erhöht einen Ausbau der Kartellorganisation im Sinne wirksamerer Rechtshilfe, und die gemeinsame Durchführung der „Volksfürsorge“ wird wiederum ganz wesentlich auf der Mitarbeit der Kartelle beruhen.

Es bestanden 1912 744 Kartelle, von denen sich 717, gleich 96,39 Proz., an der Statistik beteiligten. Die 27 nicht beteiligten Kartelle zählten 1911 zusammen 13825 Mitglieder. Dieser verhältnismäßig geringe Ausfall beeinflußt die Ergebnisse der Statistik nur ganz unbedeutend. Den Kartellen waren angeschlossen 9418 Gewerkschaftsfilialen mit 2339571 Mitgliedern. Gegen 1911 stieg die Zahl der Kartelle um 37, die Zahl der ihnen angeschlossenen Gewerkschaftsvereine vermehrte sich um 157 und die ihrer Mitglieder um 178843. Die Zunahme an Gewerkschaftsvereinen und Mitgliedern steht hinter der des Vorjahres erheblich zurück (1911 war ein Plus von 371 Gewerkschaftsfilialen und 268247 Mitgliedern zu verzeichnen); eine Erscheinung, die sich aus der wirtschaftlichen Struktur des Jahres 1912 erklärt, das als unglückliches Wirtschaftsjahr zu bewerten ist. Bei der schwächeren Zunahme an Gewerkschaftsvereinen ist auch die Verminderung derselben durch den Zusammenschluß von Zentralverbänden in Rechnung zu ziehen. Der durchschnittliche Umfang eines Kartells betrug 13,1 (1911 13,4) Gewerkschaftsvereine mit 3263 (1911 3127) Mitgliedern. Der durchschnittliche Umfang einer angeschlossenen Gewerkschaft 248,4 (1911 233,3) Mitglieder. In diesen Zahlen behandelt sich die Rückwirkung des gewerkschaftlichen Konzentrationsprozesses auf die örtlichen Kartelle.

Der Hauptwachstums an Kartellen ist den kleineren, die 2-20 Gewerkschaftsvereine haben und bis 2500 Mitglieder zählen, zugute gekommen. Die Gruppe der größten Kartelle, mit über 25000 Mitgliedern, ist im eins (Stettin) vermehrt worden. Sie weist 1912 9 Kartelle auf und zählen dazu: Berlin mit 311923, Hamburg 142923, Dresden 98063, Leipzig 77678, München 69208, Nürnberg 58100, Stuttgart 49377, Frankfurt a. M. 45461, Chemnitz 42721, Hannover 39601, Bremen 37811, Breslau 33230, Magdeburg 31238, Köln 30417 und Stettin 25595 Mitgliedern.

Die Zahl der außenstehenden Zweigvereine war allseitig gering und vermindert sich von Jahr zu Jahr. Sie betrug 1906: 400 von 7657 oder 5,2 Proz., 1911: 310 von 9571 oder 3,2 Proz. und 1912: 272 von 9690 oder 2,8 Proz. der Gewerkschaftsvereine.

Im ganzen mögen etwa neun Zehntel der Gewerkschaftsmitglieder den Gewerkschaftskartellen angehören, während ein Zehntel, etwa 260000, außerhalb der letzteren stehen.

In bezug auf die Förderung der Gewerkschaftsagitation ergibt die Statistik des Berichtsjahrs leider keine völlig befriedigenden Resultate. Es wurden von den Kartellen 3288 Veranlassungen veranstaltet. Referenten nachweise bestanden an 52 Orten. Die Gesamtzahl der statistischen Erhebungen betrug 114, davon entfielen auf Arbeitslosen-zählungen 27. Vergleicht man diese Ergebnisse mit denen früherer Jahre, so zeigt es sich, daß die Kartelle sich von ihrem ureigensten Gebiete, der Förderung der Gewerkschaftsagitation, immer mehr und mehr zurückdrängen lassen und darauf eine geringere Tätigkeit entfallen. Gegen das Jahr 1905 wurden 382 Veranlassungen weniger abgehalten, und die Zahl der Erhebungen hat sich um 17 vermindert. Dabei noch zu berücksichtigen ist, daß seit 1905 der Kartellbestand sich von 465 auf 717 vermehrt hat.

Etwas besser sieht es hinsichtlich der Arbeiterinnenagitation aus; die Zahl der hierfür eingesetzten Vertrauenspersonen und Agitationskommissionen stieg von 62 auf 101, hielt also wenigstens mit der Vermehrung der Kartelle Schritt. Aber noch immer entfielen über 80 Proz. der Kartelle solcher Einrichtungen. Dagegen wurde der Sozial- und Herbergsfrage erheblich gesteigerte Aufmerksamkeit zugewendet. Es wurden 1912 unterhalten 29 Veranlassungsfälle und 77 Gewerkschaftshäuser. Unter der Kontrolle der Kartelle stehen 349 Herbergen bei Gastwirten und 36 Kartelle haben Herbergen in eigener Regie. 1905 waren insgesamt 395 solcher Einrichtungen vorhanden, vor allem stieg die Zahl der Gewerkschaftshäuser um das Dreifache. Der

hohe Wert der Gewerkschaftshäuser für die Gewerkschaften und ihre Wirksamkeit an Orte soll keineswegs untergeschätzt werden. Wo es an ausreichenden Veranlassungsräumen fehlt und solche auch durch Kämpfe nicht zu erlangen sind, da bleibt den Gewerkschaften schließlich nichts anderes übrig, als selbst für solche zu sorgen. Doch sollte an die Errichtung eigener Gewerkschaftshäuser mit großer Vorsicht herangegangen werden, da diese Gründungen hohe finanzielle Anforderungen an die Gewerkschaften stellen und die eigene Regie häufig eine Quelle zahlloser Mißbilligkeiten bildet, deren Ausstrahlung in Gewerkschaftskreisen der Agitation nicht förderlich ist.

Für die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Kartelle kommt, soweit sie nicht aus der Agitation selbst bestritten wird, die Unterhaltung von Bibliotheken und Lesezimmern, die Einrichtung von Unterrichtskursen sowie die Einsetzung von Bildungsausschüssen und Jugendkommissionen in Betracht. Es hatten von den Gewerkschaftskartellen im Jahre:

	1905	1910	1912
Gemeinsame Bibliotheken . . . . .	252	496	581
Lesezimmer . . . . .	39	71	98
Bildungsausschüsse . . . . .	—	292	429
Jugendkommissionen . . . . .	—	293	415

Die Zahl der Bibliotheken und Lesezimmer ist in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt worden. Daneben wurde, gewissermaßen als Neuland, die Bildungsorganisation und Jugendpflege systematisch in Angriff genommen und aus dem Nichts heraus über 400 Bildungsausschüsse und Jugendkommissionen geschaffen. Ein weitverbreitetes Netz von Institutionen der Volksbildung, zum Teil mit besoldeten Sekretären, ist heute vorhanden, und wenn die Statistik auch über die Zahl der von diesen Einrichtungen ausgehenden Veranstaltungen und Kurse keine Auskunft gibt, so ist doch an ihrer fruchtbringenden Tätigkeit nicht zu zweifeln.

Auf dem Gebiete der Rechtsbeihilfe und Rechtshilfe ist das Wirken der Gewerkschaftskartelle müßtergültig geworden. Es bestanden im Jahre 1912 106 Arbeitersekretariate und 212 Auskunftsbüros. Über die Tätigkeit dieser Institutionen wird demnächst in einer besonderen Statistik berichtet werden.

Für die Förderung des Arbeiterschutzes, der ja auch die vorerwähnten Rechtshilfeeinrichtungen in nicht geringem Umfange dienen, hat ein Teil der Kartelle besondere Kommissionen für die Vermittlung von Beschwerden an die Gewerbeinspektion, zur Bekämpfung des Koff- und Logiszwanges beim Arbeitgeber und für Bauarbeiterchutz eingeführt. Mit Ausnahme der letzteren zeigt sich aber auf diesem Gebiete ein Rückschritt, der besonders hinsichtlich der Bekämpfung des Koff- und Logiszwanges augenfällig ist. Es bestanden nämlich bei den Kartellen Kommissionen für:

	1905	1910	1912
Beschwerden an Gewerbeinspektionen . . . . .	149	139	133
Bekämpfung des Koff- und Logiszwanges . . . . .	129	48	42
Bauarbeiterchutz . . . . .	195	228	257

Der Rückgang der Beschwerdekommissionen dürfte die Zunahme der Arbeitersekretariate hinreichend erklären werden; dies trifft indes für das fast völlige Verschwinden der Koff- und Logisinspektionen nicht zu, und es ist nur zu bedauern, daß das Sinteren der Kartelle für diese Aufgabe so geschwinden ist, denn sicherlich bleibt auf diesem Felde noch genug zu tun übrig. Wenn die Zahl der Bauarbeiterchutzkommissionen mit der Zunahme der Kartelle nicht gleichen Schritt gehalten hat, so hat dies weniger zu bedeuten, da hier die Bezirksgliederung die Lücken an einzelnen Orten ausfüllt. Aber die Beteiligung der Gewerkschaftskartelle an Arbeitervertreterwahlen belegt die Statistik, daß 288 Kartelle (1910 = 264, 1905 = 175) im Berichtsjahre für diese Zwecke Aufwendungen finanzieller Art zu machen hatten.

Angesichts der Steigerung der Arbeiten der Kartelle auf einer Reihe von Gebieten hat sich in vielen Städten bereits die Errichtung besonderer Gewerkschaftsbüros mit besoldeten Kräften notwendig gemacht. Im Berichtsjahre waren 20 solcher Büros (1910: 18, 1905: 6) vorhanden.

Über ihre Finanzgebarung berichten für das Jahr 1912 705 Kartelle. Die gesamten Einnahmen betragen 1 976 262 Mark (1911: 1 797 248 Mk.), die gesamten Ausgaben 1 787 088 Mk. (1911: 1 600 435 Mk.) und die gesamten Kasienbestände 1 034 025 Mk. (1911: 844 851 Mk.). Auf den Kopf der kartellierten Mitglieder entfielen im Berichtsjahre an Einnahmen 84,4 Pf. (1911: 83,1 Pf.), an Ausgaben 76,3 Pf. (1911: 74,0 Pf.) und an Kasienbeständen 44,2 Pf. (1911: 39,1 Pf.).

Von den Einnahmen rührten 1 077 460 Mk. (1911: 946 089 Mk.) aus regelmäßigen Beiträgen der Gewerkschaften, 137 480 Mk. (1911: 283 855 Mk.) aus Streiksammlungen und 761 322 Mk. (567 304 Mk.) aus andern Sammlungen, Festüberschüssen und sonstigen Einnahmen her. Die Beiträge deckten 54,5 Proz. (1911: 52,5 Proz.) der gesamten Einnahmen.

Aber die Mitwirkung der Kartelle bei Unterstüßungsaktionen der Gewerkschaften läßt sich aus der Statistik des Berichtsjahrs feststellen, daß 243 Kartelle Einnahmen aus Streiksammlungen verzeichnen. Die Streikunterstützung der Kartelle ist verschiedenartig geregelt. 22 Kartelle zahlen bei Streiks und Ausperrungen Unterstüßungen aus der Kartellkasse, 213 bringen die Unterstüßungen lediglich durch Sammlungen auf, während die Mehrzahl, 471, beide Wege als zulässig erachtet.

Die regelmäßigen Kartellbeiträge schwanken zwischen 10 Pf. und 2,60 Mk. pro Mitglied und Jahr. Die wirkliche Beitragsleistung ist indes wesentlich höher, da in vielen Kartellen außer den regelmäßigen Gewerkschaftsbeiträgen noch besondere Beiträge für Sekretariate und Auskunftstellen, für Bibliothekszwecke und Bildungsbestrebungen,

für Gewerkschaftshäuser, Lokale, Herbergen und sonstige Zwecke erhoben werden. Der durchschnittliche Beitragsfuß, welcher auf jedes der Kartellen angefallene Mitglied entfällt, ist in einer ständigen Steigerung begriffen. Für 1912 beträgt diese Durchschnittsleistung aller Kartelle 84,8 Pf. Mit den Ausgaben wachsen die Einnahmen und dadurch die Beiträge der Kartelle; besonders die Errichtung von Gewerkschaftshäusern und Arbeitersekretariaten sowie die Anstellung von Beamten wirken auf die Erhöhung der Beiträge hin.

Von den Ausgaben der Kartelle kamen im Berichtsjahre 1912 (im Vergleiche zum Vorjahre 1911) auf:

	1912	1911
Agitation . . . . .	99 746	105 928
Arbeitervertreterwahlen . . . . .	43 053	28 342
Statistische Erhebungen . . . . .	6 490	6 264
Gewerkschaftshäuser und Versammlungsäle . . . . .	154 484	152 339
Herbergen, Arbeitsnachweise . . . . .	58 560	38 770
Sekretariate, Auskunftstellen . . . . .	373 306	289 203
Bibliotheken, Lesezimmer . . . . .	111 567	93 160
Streiks und Ausperrungen an Orte . . . . .	24 438	27 039
Streiks und Ausperrungen auswärts . . . . .	126 932	271 928
Verwaltungskosten . . . . .	235 538	208 438
Sonstige Ausgaben . . . . .	553 244	379 024

Eine Verminderung ist nur bei den Ausgaben für Agitation sowie für Streiks und Ausperrungen zu verzeichnen, während bei einigen Ausgabeposten ganz erhebliche Steigerungen eingetreten sind, vor allem bei den „Sonstigen Ausgaben“, die besonders auch die Aufwendungen für die Bildungsausschüsse und Jugendkommissionen enthalten, sowie bei den Ausgaben für Arbeitersekretariate und Auskunftstellen. Diese beiden Posten, nebst denen der Gewerkschaftshäuser, Versammlungsäle sowie Verwaltungskosten, umfassen nahezu drei Viertel der gesamten Kartellausgaben. Daraus ergibt sich die Entwicklungstendenz, der die Gewerkschaftskartelle folgen. Sie entwickeln sich immer mehr zu Organisationen, denen die Regelung der Lokalfrage, Rechtshilfe, Bildungsarbeit und Jugendfürsorge obliegt.

Aber den Umfang und die Wirksamkeit der örtlichen Zusammenkünfte der Hirsch-Durchschlägen Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaften liegen noch immer keine von den Zentralkomitees herausgegebene Übersichten vor.

Die starke Machtentwicklung der Kartelle der freien Gewerkschaften tritt uns besonders klar vor Augen, wenn wir einige Angaben der Statistik des Jahres 1902, dem Beginn unrer Jahresfristigkeiten; mit dem Ergebnisse der jüngsten Statistik vergleichen. Es ergibt sich, daß die Zahl der berichtenden Kartelle von 319 auf 717 oder um 125 Prozent, die Zahl der Gewerkschaftsfilialen von 3995 auf 9418 oder um 135,6 Proz. und die Zahl ihrer Mitglieder von 481 718 auf 2 339 571 oder um 385,6 Proz. gestiegen ist. Ihre Einnahmen sind gewachsen von 294 189 Mk. auf 1 838 782 Mk. oder um 524,6 Proz., ihre Mitgliedsbeiträge (ohne Streikunterstützung) von 208 349 Mk. auf 1 635 718 Mark oder um 685,2 Proz. Freilich, auf dem Gebiete der Streikunterstützung haben sie, von gelegentlichen Schwankungen abgesehen, ihre Tätigkeit erheblich eingeschränkt müssen: von 241 450 Mk. im Jahre 1901 sanken ihre bezüglichen Ausgaben auf 151 370 Mk. im Jahre 1912, aber immerhin beträgt der Durchschnitt der zwölf Jahre 385 323 Mk.

### □ □ □ Johannisfestdruckfachen □ □ □

(Schluß.)

Recht einfach mit modernem Material ist das Programm des Ortsvereins Uhrweiler ausgeführt, doch es liegt ein vornehmer Geschmack über dem Ganzen. Dann aber ist es erfreulich, wie mit gutem Geschicke Zirkular, Programm und allgemeines Lied zusammen verarbeitet wurden. Wie hier an Anfang wie an Geld geparkt wurde, daran kann sich mancher kleine Ortsverein ein prächtiges Beispiel nehmen.

Die Festkarte wie das Programm des Ortsvereins Duisburg weisen als Titel eine in Versalien gut geschriebene Hauptzeile auf, die leider durch ihren eng gehaltenen Duktus wenig mit der breit gezogenen Gaederterschrift übereinstimmt. Sehr klar und übersichtlich sind die Innenseiten des Programms angeordnet. Farbenwahl und Papier harmonisieren bei beiden Druckarbeiten.

Mit wenig Mitteln ist bei der Johannisfestkarte des Ortsvereins Einbeck eine freundliche Wirkung erzielt. Das verwandte Grün hätte eine gelblichere Nuance haben können. Die Druckfirma nebst aus ähnlichem Schriftcharakter wie der Text beschaffen.

Das in zwei Farben ausgeführte Programm von Glogau ist eine charaktervolle Arbeit, die in ihrer äußeren Ornamentierung und Anlage aber einen andern Ursprung zu haben scheint als den, zu Ehren unrer Altmeisters zu dienen. Daß dies nichts an der Wirkung schadet, sieht man an dem vorliegenden Programm, das in seiner hochmodernen Aufmachung einen prächtigen Eindruck erzielt. Dazu tragen Papier und Druckausführung noch wesentlich bei.

Einen recht nüksternen Eindruck trotz der drei Farben macht die Programmkarte des Ortsvereins Hagen. Namentlich der Titel ist stark unharmonisch durch das sich wenig einfindende, klecksig wirkende Verfal S. Die inneren Seiten sind einwandfrei gefest.

Der Lokalverein in Hannover marschiert wieder mit seiner Druckfache in der ersten Reihe. Prächtiges Papier,

auf abgestimmte Farben, klar und übersichtlich gefest, ohne Künstelei, dazu schöner Schmuck; im ganzen eine Arbeit voll Geschmack und Harmonie.

Sehr nette Arbeiten, die bezeugen, daß in den Winkeln Deutschlands auch „modern“ gearbeitet wird, sind in Heide in Holftein angefertigt. Zwar sind noch manche technische Schrüger zu bezeichnen, doch führen diese den Gesamteindruck gar wenig. So steht beim Programme die Hauptzeile Johannisfest gar zu tief, dann dürfte die „Sans Sachs“ nicht gefest gefest werden wie in „Stahlbad Albersdorf“. Auch sind die Räume zwischen den Worten übermäßig groß, man kann sich doch durch Hinzufügen oder Umstellen von Worten leicht helfen. Am besten in Satz und Druck ist das Festliederfest.

Wäre zu dem Programme des Bezirksvereins Heidelberg ein etwas leichter gefönter, machinenglätteter Karton genommen, so hätte die an sich gute, wenn auch einfache Arbeit noch bedeutend gewonnen. Beim Titel wirkt die absolute Gleichheit der Zeilenbreite zu monoton, die Datumzeilen kommen schmaler gefest sein. Die Wirkung wäre wesentlich lebendiger geworden.

Sohannisfeier und 20jähriges Stiftungsfest des Ortsvereins Göppingen gaben den Anlaß, eine sehr freundliche, eindrucksvolle Druckfache entziehen zu lassen. Es sind zwar vier Farben angewandt (darunter Bronze), doch macht das Programm keinen aufbringlichen, überladenen Eindruck; es ist vielmehr eine (sogenannte) ehrliche Buchdruckerarbeit.

Das Programm des Bezirksvereins Kaiserslautern hat ein wenig glückliches Format für eine Festdruckfache. Sonst ist die Arbeit aber geschmackvoll in Satz und Druck durchgeführt. Bemängelt werden muß die sonst nicht ohne Gedicht geschriebene Hauptzeile, die viel zu fest gehalten und dadurch zu eng wirkt. Papier und Farben stimmen sehr gut miteinander.

Fein abgestimmt ist die Programmkarte der Mitgliedschaft Kiel, die in vornehmer Manier die zweite Farbe nebenhergehen läßt. Gleich gut ist die ganze Schwaize von vorn bis hinten, so daß eine Druckfache zustande kam, die keinen Einwand aufkommen läßt.

Von Liegnitz sind schon bedeutend bessere Arbeiten hinausgegangen als ein Tafelbild zu dem diesjährigen Johannisfeste, das vielleicht eine gute Dichtung, doch eine ganz fürchterliche Druckfache darstellt, bei der das alle Material freilich viel zur Entschuldigun beiträgt. Immerhin hätten die ganz undefinierbaren Kleckse (wohl ein Vulkan, auf dem der Verband einen Tanz aufführt?) wenigstens wegbleiben können.

Feststrende atmet die Programmkarte des Bezirksvereins Mannheim. Schwarz, Blau und Gold auf dem modernen weißen Karton stehen prachtvoll und stimmen gar fein miteinander. Dazu der Satz in guter Form, so daß das Ganze als eine gelungene Sache bezeichnet werden muß.

Die Mitgliedschaft Mühlhausen i. Thür. hat ein Programm drucken lassen, das in seiner Wirkung die drei Arbeitsgänge nicht ahnen läßt. Ein gelbtes modernes Papier hätte den Ton sparen lassen und zudem wäre die Wirkung eine bessere geworden. Ferner ist es hier genau verkehrt gemacht worden. Die Schrift hätte schwarz gedruckt werden müssen und nicht die Einfassung. Dann mühte auch das Künstelei unterbleiben. Nicht in einen Rahmen Schrift einbauen wollen, sondern umgekehrt: erst die Hauptzeilen ablesen und dann den Schmuck dazu wählen, aber vorsichtig!

Infer den uns vorliegenden Druckfachen zum Johannisfeste glänzt München an erster Stelle. Das Programmheft ist eine erstklassige Leistung, die geradezu vorbildlich genannt werden muß. Das neueste Material, der dazu gehörige prächtige Schmuck, wundervolles Papier und eine stimmungsvolle Farbenwahl. Diese Arbeit zeigt in eindrucksvoller Weise, was heute der Buchdrucker mit vorhandenem Material ohne zeichnerische Beihilfe zu leisten imstande ist.

Nürnberg und Gürk seien das Fest des Altmeisters wiederum zusammen. Die Programmkarte ist eine wirkungsvolle, eigenartige Arbeit, der durch aparte Satzordnung und geschmackvolle Farbenwahl zu ihrem Eindrucke verholfen wurde. Sehr gut ist auch die Festpostkarte, die mit Linienarbeit zeigt, wie auch sogenannte Bausteine wirken kann, wenn geschickte Farben dazu genommen werden.

Recht festfreudig abgestimmt ist das Programm des Bezirksvereins Offenbach a. M., das in warmen Farben gut mit dem Papiere harmoniert. Das gleiche gilt von der behandelten Festkarte, welche ebenso wie das Programm einwandfrei gefest wurde.

Ein Festfest des Ortsvereins Oppeln hat eine recht ansehnliche Ausstattung erfahren, mit der es sich sehr wohl sehen lassen kann. Bei der Sahauszführung wäre zu bemängeln, daß die auf der dritten Seite oben stehende Zeile zu schmal ist. Sonst kann im ganzen zu der Arbeit nur noch gewünscht werden, daß die Farben weniger klar genommen wären.

Auch die Programmkarte des Ortsvereins Reutlingen ist eine laubere, geschmackvolle Arbeit. In zeitgenähe Form ist der Satz gebracht und die Farben sind recht vorsichtig und harmonisch zur Farbe des Kartons abgestimmt.

Eine farbenfrohe Karte ließ der Ortsverein Rükfingen-Wilhelmsaven zur Johannisfeier herstellen. Die leuchtenden Farben von Linien und Schmuck heben in prächtiger Weise die schwere Wirkung der Blockschrift wieder auf. Die Karte ist ein Beweis, daß auch mit schwerfälligerem Material eine Festdruckfache herzustellen möglich ist.

Recht geschmackvoll in der Anpassung an die Kartonsfarbe ist das Programm des Ortsvereins Braunschweig. Ebenso geschick ist die Behandlung des Satzes, der trotz

(Fortsetzung in der Beilage.)



# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 95 — Leipzig, den 19. August 1913

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

der einfachen Mainzger Fraktur eine lebhaft, aber klare Anordnung zeigt. Zusammengefaßt kann man von einer einträchtigen Arbeit sprechen.

Die Programmkarte des Ortsvereins Halle a. S. ist eine zeitgemäße Drucksache, bei der die „Deutsche Schrift“ die recht guten Schabdrücke besonders beliebt. Auf der letzten Seite ist hier auch eine irreführende Notiz, in der der Schmuck der Drucksache als von Scheller & Gieseler herührend bezeichnet wird; es ist aber ein Teil des Schmuckes (die Umrandung aller vier Seiten) von Gebr. Klingpor. Entweder sollte man deutlicher werden oder gar nichts angeben, denn die Schrift ist gleichfalls nicht genannt. Die gewählten Farben heben den Gesamteindruck des Sahes und bringen der Arbeit eine freundliche Nuance.

Ludw. der Ortsverein Hamm (Westfalen) steht mit in der Reihe, die mit einer freundlichen, leicht gehaltenen Druckarbeit eine frohe Stimmung bei ihren Gästen auslösen wollten. Heller Karton, leuchtende zweite Farbe, goldgelber Saß mit passendem Schmucke, der jede Überladung ausschließt, diese Mittel gestalteten die Arbeit zu einer zeitgemäßen, geschmackvollen Drucksache.

Das Programm des Ortsvereins Saarbrücken hat einen gar zu verunglückten Titel, der die ganze Drucksache verdirbt. Während die Innenzeiten ein schönes, geschlossenes Gepräge zeigen, knistert beim Titel alles durcheinander. Die Haupttitel bildet der große Initial, der dem Ganzen die Anruhe mitteilt und der schon für das Verhältnis des Sahspiegels zu groß ist. Karton und Farben sind gut gewählt.

Eine große Kraftanstrengung bedeutet das Programm des Ortsvereins Sangerhausen, das nicht weniger als sechs Farben aufweist, wobei die Bronze (anscheinend Druckbronze) einen sehr guten Arbeitseffekt gerechnet werden muß. Das ist eine Verwendung von Arbeitszeit usw., denn mit vier Farben wäre derselbe Effekt erzielt. Der Ton der Wase hätte das lichte Blau des Randes erhalten und die Hauptzeilen hätten in dem Grün der Blumen gedruckt werden können. Sonst ist die Arbeit aber sehr nett und sauber gedruckt, nur wirkt sie zu bunzt. Der Saß ist gleichfalls sehr geschickt und überflüsslich behandelt.

Wenig zeitgemäß, namentlich im Format, ist das Programm des Bezirksvereins Tübingen. Der Saß der Programmnummern ist zu sehr auseinandergerissen, die Punkte bilden gewissermaßen ein großes Loch, im Sahspiegel. Auch die Haupttitel, welche in Worten durchgezogene Linien bilden, sind nicht gut. Die Arbeit ist ganz einfach, wie dieses Programm ist, nicht vollkommen.

Beim Programme der Mitgliedschaft Alm wird der Eindruck durch die vielen Schriftarten, die verwandt wurden, stark verwischt. Zuviel Bauerei beim Titel lassen auch diesen völlig ohne Wirkung. — Wesentlich besser ist die Festkarte, doch im ganzen zu dunkel, so daß eine rechte Freude daran nicht aufkommen kann.

Sehr gut gedruckt ist der Anschlag des Ortsvereins Böhlingen. Aber, meine Herren, sieben (?) Arbeitsgänge allein für den Anschlag! Der moderne Buchdrucker soll mit möglichst wenig Mitteln seine Effekte erzielen; das kann von dieser Arbeit, deren Wirkung nur auf das Bild zugeschnitten ist, nicht gefagt werden. Das Sachtechnische ist leidlich behandelt, das Format ist auf und die Papiere ebenfalls gut geeignet.

Die Mitgliedschaft Westerland auf Sylt (gewiß eine entfernte Ecke unres Vaterlandes) erhielt zu ihrer Johannisfeier eine sehr nette, zeitgemäße Festdrucksache hergestellt. Modernes Papier, modernes Material und geschickte Saß- und Druckbehandlung ließen eine einfache Arbeit entstehen, die in ihrem Eindruck gar vielen unfröher Vereinen ein übliches Vorbild sein kann, wie man mit den einfachsten Mitteln Effekte erzielt.

Dah auch im kleinen Verhältnis ein großer Initial von prächtiger Wirkung sein kann, zeigt das Johannisfestprogramm des Bezirksvereins Zittau. Die zurückfallende, mit dem Papier so gut übereinstimmende grüne Farbe des Randes dämpft den kräftigen Eindruck des Initials stark herab, so daß eine schöne harmonische Lösung herauskommt. Auch die drei folgenden Seiten sind von schöner Wirkung

xyz.

günstigen Lage waren sich die Gehilfenvertreter ihrer schweren Verantwortung bewußt und haben auch wiederholt schwierige Situationen und Momente überbrückt und ausgeglichen. Daß unter solchen ungünstigen Verhältnissen der vereinbarte Tarif nicht allen gegelungen Erwartungen entspricht, ist leicht begrifflich. Die Arbeitgebervertreter ließen keinen Zweifel darüber, daß allgemeine Erhöhungen im neuen Tarif, unter Hinweis auf die traurige Lage des Berufs, niemals Platz greifen könnten, der neue Tarif sei in der Form der Ausgleichung der jetzt geltenden Saustarife zu schaffen, sollten hierbei Erhöhungen eintreten, so müßten an gutbezahlten Positionen Abstriche vorgenommen werden. Der Tarif bringt neben einer Anzahl Erhöhungen auch Abstriche an einzelnen Positionen. Leittragende sind die an den großen Regeln beschäftigten (Type II und III) Kollegen, ungefähr 40, und von diesen wieder sind noch etwas härter mitgenommen worden die Gesier der Type III, ungefähr 16 Kollegen. Abstriche von 3/3, 10 und 15 Proz. sind bei einzelnen Arbeiten eingetreten, dem stehen gegenüber die Erhöhung der ersten Skala um 6 Proz., die Erhöhung des Zurichgedebes um 25 Proz. und noch verschiedene kleine Erhöhungen. Für die Gesier der kleinen Regel wurden durchweg Verbesserungen erzielt, die wieder für die Gesier einiger Viehereien als sehr annehmbar zu bezeichnen sind. Das größte Entgegenkommen bei den Arbeitgebern fanden unsere (armen?) Handgießer; die Handgießer erzielen durchweg annehmbare Erhöhungen. Große Schwierigkeiten brachten die Beratungen des Tarifs für die Hölzfräher, Fertigmacher und Zusstirer. Hierbei verurteilten die Arbeitgeber bedeutende Abstriche durchzusetzen, sie fanden hierzu aber nicht die Zustimmung der Gehilfenvertreter. Der Mindestlohn des gewissen Geldes wurde um eine Mark erhöht und beträgt 33 Mk. Der Ausschlag für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 20 Jahren erhalten 5 Pf., über 20 Jahre 10 Pf. Arbeitsstundenzuschlag. Die Dauer des Tarifs wurde nach langen Verhandlungen wiederum auf fünf Jahre festgesetzt. Beiden Seiten steht es frei, bis zum 28. Februar 1915 Anträge auf Abänderung einzelner Posten des Tarifs zu stellen. Diese Anträge müssen innerhalb vier Wochen behandelt werden; wird keine Einigung erzielt, so bleiben die Posten in ihrer ursprünglichen Fassung bis zum 28. Februar 1918 bestehen. In drei Versammlungen gaben die Gehilfenvertreter einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen und den neuereinstellten Tarif. In der ersten Versammlung wurde die Zustimmung der Kollegen für den Tarif angenommen und die Ausführung des Tarifs beschlossen. In der zweiten Versammlung wurde der Tarif für die Arbeiter und Arbeiterinnen angenommen und die Ausführung des Tarifs beschlossen. In der dritten Versammlung wurde der Tarif für die Arbeiter und Arbeiterinnen angenommen und die Ausführung des Tarifs beschlossen.

**Samburg-Mitona.** (Verein der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Halbjahrsbericht.) Die im letzten Halbjahre stattgehabten drei Versammlungen beschäftigten sich in der Hauptsache mit dem in Samburg stattfindenden Kongress. Die Versammlung am 30. April vertrat zunächst den Vorstand durch einen viergliedrigen Ausschuß, um die entsprechenden Vorkehrungen hierzu zu treffen und geplante Veranstaltungen in die Wege zu leiten. Von den zwei seitens der hiesigen Kollegenschaft zum Kongress gestellten Anträge wurde der erste, eine Verbesserung der Lehrlingskala bezweckend, angenommen, während der auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hinzielende zweite Antrag abgelehnt wurde. In dieser Versammlung wurde noch das Ableben des Kollegen Techenburg in der üblichen Weise geehrt. — Die am 23. Juni abgehaltene Versammlung nahm den Bericht des Festausschusses zustimmend entgegen und kam dann zur Aufstellung zweier Kandidaten und eines Ersatzmanns. — Die Generalversammlung am 30. Juli trat, nachdem Protokoll und Kassenbericht verlesen worden waren, in eine Beratung über die von den einzelnen Gießstäden zum Kongress gestellten Anträge ein. Nachdem die einzelnen Anträge eingehend besprochen, wurde den Delegierten anheim gegeben, besonders den Anträgen, die eine Verminderung der Arbeitslosigkeit herbeiführen könnten, zu unterstützen. Im übrigen setzte die Versammlung voraus, daß die Delegierten im Interesse der Kollegen wirken werden.

**Baden (Baden).** (Kartell der angeschlossenen Maschinenmeistervereine von Baden und Elsaß-Lothringen.) Am 3. August fand im „Rappensaal“ der auf der Konferenz zu Straßburg im verfloßenen Jahre beschlossene Maschinenmeistertag statt. Kartellvorsitzender Wachsmann (Karlsruhe) eröffnete mit herzlichen Begrüßungsworten an die zahlreich erschienenen Kollegen die Versammlung und gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Tagung im Interesse der Druckerkollegen und zum

Wohle des Verbandes verlaufen möge. Er begrüßte zunächst den Obmann unfrer Zentralkommission, Kollegen Suß (Berlin), sowie die Vertreter des Gaues Oberrhein, die Kollegen Friedrich und Stumm (Freiburg) und die des Gaues Elsaß-Lothringen, Schopp und Walter (Straßburg). Außerdem wohnten der Versammlung der Bezirksvorsitzende von Loth, Kollege Laub, sowie vom Vorstand der Maschinenlehrer Kollege Seemann (Karlsruhe) als Gäste bei. Kollege Christmann brachte der Versammlung den Gruß der Lehrer Kollegen entgegen. Unter „Kartellangelegenheiten“ freifte der Vorsitzende nochmals die auf der Straßburger Konferenz angenommenen Anträge. Besonders wurde betont, daß unbedingt Mittel und Wege gesucht werden müßten, um der Konditionslosigkeit zu steuern. Durch Anschaffung von Rotationsmaschinen werde die Flachdruckpresse mehr und mehr zurückgedrängt und dadurch die ohnedies hohe Zahl von arbeitslosen Druckern noch bedeutend vermehrt. Auch in den Litendruckereien suchte man die geleerten Drucker durch Hilfsarbeiter zu ersetzen. Das gesammelte Material wird zur weiteren Verarbeitung und Verwendung der Zentralkommission übergeben. Den Hauptpunkt der Versammlung bildete der Vortrag des Kollegen Suß: „Unfrer gegenwärtige Lage unter Berücksichtigung der letzten Tarifrevision“. Er warf einen Rückblick auf die hinter uns liegenden drei Jahre und kam insbesondere zu sprechen auf das in letzter Zeit so eminent zunehmende Arbeitslosenheer und die Ursachen dieses Abfalls. Daß die den Druckern so oft entgegengekehrte Behauptung über das Zurückhalten der Leistungen nicht auf Wahrheit beruht, bewies der Referent an Hand von verschiedenen Beispielen. Danach könnte man gerade das Gegenteil behaupten. Auch dem Kapitel Entlohnung widmete der Redner eine längere Betrachtung. Es ging aus dem vorgebrachten Materiale hervor, daß zwischen verlangter Leistung und Gegenleistung ein großer Unterschied zumungunsten der Drucker besteht. Ein Teil der Kollegen trage leider mit Schuld, daß sich Abstände herausbilden. Eine Menge Beispiele führte der Referent aus den Maschinenfabriken an, in denen die Kollegen ihre gute Position um selbstlicher Interessen willen leichtfertig verdraben. Er ermahnte die Kollegen, mehr Nachdruck zu zeigen und das Solidaritätsgefühl gegenüber dem Mitarbeiter besser zu befähigen. Im Anschlusse daran sprach der Redner noch über den Offdruck und dessen Entwicklung. Eine Anzahl von schönen Druckarbeiten, welche dieser Methode hergefaßt waren, kostete allgemeine Bewunderung aus. Mit einem Appell an die Kollegen, im Zukunft fest zusammenzuhängen und der Zentralkommission mehr Vertrauen entgegenzubringen, schloß Kollege Suß sein sehr lehrreiches Referat. Anballender Beifall war das Zeichen, daß man mit den Ausführungen zufrieden war. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Der heute vom Kartell der Maschinenmeistervereine von Baden und Elsaß-Lothringen in Loth abgehaltene Maschinenmeistertag erkennt die Ausführungen des Obmanns unfrer Zentralkommission voll und ganz an. Die Vorwürfe der Prinzipale über die Zurückhaltung der Leistungen sind ganz energisch zurückzuweisen. Es kann heute nur das Gegenteil festgesetzt werden. Die rapide Steigerung der technischen Entwicklung sowie der immer kompliziertere Ausbau der Druckmaschinen nimmt die ganze Aufmerksamkeit des Maschinenmeisters in Anspruch. Zu dem gefelt sich noch das Antreiben und Halten in den Maschinenfabriken, so daß von einer noch größeren Steigerung der Leistungen nicht mehr die Rede sein kann. Die heute versammelten Maschinenmeister sprechen der Zentralkommission das vollste Vertrauen aus und erklären sich zur weitgehenden Unterstützung bereit.“ Um den Eindruck des Referats nicht abzuschwächen, wurde von einer Diskussion Abstand genommen. In freier Aussprache wurden dann noch einige interne Angelegenheiten erledigt. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, das Gehörte zu beherzigen und danach zu handeln. Mit einem Hoch auf den Verband schloß er die gut verlaufene Versammlung. — Nach einem gemeinsamen Mittagessen und einem Ausfluge nach dem Schutterkindenberg, wo bei Konzert noch manch freundliches Wort ausgetauscht wurde, wurde der für jeden Kollegen befristend verlaufene Maschinenmeistertag beschlossen.

## ○○○○○ Rundschau ○○○○○

**Ferien!** Bei zwei- bis zwanzigjähriger Geschäftszugehörigkeit bewilligte erstmalig die Buchdruckerei von Pickenhahn & König in Glauchau (Verlag der „Glauchauer Zeitung“ und der „Neuesten Nachrichten“) ihrem Personal einen bis vier freie Tage. — Die Buchdruckerei von Joseph Wolff in Dppeln bewilligte ihren Gehilfen drei Tage Ferien. — In Worms gewährte die Buchdruckerei Heinrich Fischer Ferien, und zwar bei dreijähriger Geschäftszugehörigkeit drei Tage und für jedes weitere Jahr einen Tag mehr bis zu sechs Tagen; ferner die Buchdruckerei Schenk sechs Tage ohne Karenz.

**Unglücksfall.** Ein recht bedauerlicher und zur größten Verbitst nachdringender Unfall ereignete sich in der Druckerei von Bahnmann & Co. in Schmalkalden. Der Drucker

## ○○○○○ Korrespondenzen ○○○○○

**Ds. Frankfurt-Offenbach a. M. (Schriftgießer.** — Schlufbericht.) Die Tarifverhandlungen zur Schaffung eines einheitlichen Tarifs für die Gießstäden Frankfurt-Offenbach a. M. sind zum Abschlusse gelangt und das seit dem Jahre 1897 angestrebte Ziel, ein einheitlicher Tarif für Frankfurt-Offenbach a. M., ist erreicht. In 40 mit den Arbeitgebern abgehaltenen halbtägigen Sitzungen wurde die schwierige Arbeit erledigt. Der Druck, der seit Dezember 1912 auf unserm Gewerbe lastet und zu beträchtlichen Betriebsbeschränkungen in fast allen Gießereien führte (Glüh und Bröh & Glodi ausgenommen) und die zum Teil heute noch besteht, beeinflusste die Tarifverhandlungen nicht unwesentlich. Angehts dieser für die Gehilfenchaft un-

Richter verfuhrte während des Ganges der Maschine die Bandenwalzen zu reinigen und geriet hierbei mit der rechten Hand zwischen Form und Walzen, so daß er nicht unerheblich verletzt wurde.

**Seuerung und Arbeitslosigkeit.** Die Lage des Arbeitsmarktes in den größeren deutschen Städten, die schon im Jahre 1912 meist sehr ungünstig war, hat sich im laufenden Jahre noch durchweg verschlechtert. Auch die Seuerung, die scheinbar im Jahre 1912 schon einen Höhepunkt erreicht hatte, droht sich neuerdings wieder zu verschärfen. Es ist deshalb von besonderem Interesse, die jetzige Lage des Arbeitsmarktes und die Höhe der Lebensmittelpreise mit den entsprechenden Ziffern des Jahres 1911 zu vergleichen, das gewissermaßen noch im Zeichen einer normalen Entwicklung stand. Nach der „Arbeitsmarktkorrespondenz“ zeigt die Standardziffer, die für die wöchentlichen Kosten des Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie berechnet wurde, sowie die Andrangsziffer am Arbeitsmarkte, die angibt, wie viele Arbeitsuchende durchschnittlich auf je 100 offene Stellen kommen, folgende Veränderung:

	Standardziffer		Andrangsziffer	
	1911	1913	1911	1913
Königsberg . . .	22,25	24,24	120,70	124,74
Berlin . . .	23,67	24,63	154,32	155,17
Düsseldorf . . .	25,62	27,03	129,52	131,30
Dresden . . .	22,42	24,94	166,50	175,84
Kiel . . .	22,35	24,57	216,55	257,26
Hamburg . . .	23,43	25,08	144,58	165,63
München . . .	24,31	25,68	110,71	166,64

Demnach sind die Unterhaltungskosten gleichzeitig mit dem Anbauge von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkte gestiegen. Auf die beträchtliche Verschlechterung der Lage des arbeitenden Volks weist die „Frankfurter Zeitung“ an leitender Stelle hin. Der wöchentliche Lohn, der ohnehin nur in wenigen Fällen wesentlich über der Standardziffer liegt, wird noch mehr als sonst für die nötigen Nahrungsmittel verbraucht, so daß für Wohnung, Kleidung usw. nur ein äußerst geringer Prozentsatz des Einkommens übrig bleibt. Gleichzeitig hat sich aber die Möglichkeit, eine dauernde Erwerbsfähigkeit zu erhalten, verringert, die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen. In ganz auffallender Weise trifft dies zu für Kiel, wo die Kosten für den Nahrungsmittelaufwand seit Juni 1911 in der Woche um 2,22 Mk., d. h. etwa 10 Proz., gestiegen sind, während sich in derselben Zeit der Andrang auf dem Arbeitsmarkte von 216,55 auf 257,26, also um 50,69, erhöht hat. Aber auch in den andern Großstädten geht mit dem Steigen der Kosten für den Lebensunterhalt eine Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkte parallel. Besonders bemerkenswert ist dies für München, wo die Standardziffer um 1,47 Mk., die Andrangsziffer jedoch sogar um 55,83 zugenommen hat.

**Annäherungsversuche der Bergarbeiterverbände.** Wir wissen bereits hin auf einen Aufruf des christlichen Gewerkschafts zur Schaffung einer gemeinsamen Kampffront. Jetzt befaßt sich die „Bergarbeiterzeitung“, das Organ der christlichen Bergarbeiterverbände, mit dem Aufrufe: „Sie erinnern zunächst an den Verlauf der bisherigen Streiks in Sibirien und Bismarck; wer weiß, daß besonders auf die traurige Haltung des christlichen Gewerkschaftsvereins und sagt schließlich: „Der Bergarbeiterverband hat noch niemals die Bildung einer gemeinsamen Kampffront gegen die Feinde abgelehnt. Wohl aber geschah dies wiederholt in der kritischen Zeit durch den Vorstand des Gewerkschaftsvereins der christlichen Bergleute. Darum hätte der Aufruf im „Bergknappen“ befolgt werden müssen: „An den Vorstand des christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergleute!“ Das ist die einzig richtige Adresse für einen Aufruf zur Bildung einer gemeinsamen Kampffront der Bergleute Deutschlands. Will und darf dieser Vorstand zu einer christlichen Arbeitsgemeinschaft mit den Leitern der andern Bergarbeitergewerkschaften zusammenwirken, dann ist die höchste Kampffront geschlossen! Wie gesagt, es kommt darauf an, ob der Vorstand des Gewerkschaftsvereins seinem vorstehenden Aufruf auch die entsprechenden Taten folgen lassen will und ob er es darf! Auf leeres Wortgeklänge, auch wenn es noch so überabstrakt klingen, geben wir nichts.“ Dies ist zwar kurz und erbaulich, aber es trifft in jeder Beziehung das Richtige. Genau wie die „Kölnische Zeitung“, erblickte auch die „Kreuzzeitung“ in dem Zusammengehen der beiden größten Bergarbeiterverbände ein „gefährliches und unwürdiges Spiel“. Die Klüge von reaktionärer Seite an die Adresse der Christlichen wurde indes vom kirchlichen Flächener „Volksfreund“ in recht energischer Weise zurückgewiesen: „Wir halten dies (das Zusammengehen) für eine Selbstverständlichkeit und begreifen die Entfremdung der „Kreuzzeitung“ wirklich nicht. Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter ist in erster Linie eine wirtschaftliche Interessenvertretung und kann darum, ohne seinem Programm im geringsten untreu zu werden, mit allen Leuten und Organisationen zusammengehen, die mit ihm gemeinschaftlich das gleiche Ziel verfolgen und in der Erreichung desselben ihm behilflich sind. Ausdrücklich hat

der Vorstehende Vorgesang betont, daß für die christlichen Bergarbeiter ganz selbstverständlich ein Zusammengehen mit dem sozialdemokratischen Verbände nur soweit möglich ist, als die Ehre und die christlichen Grundsätze des Gewerkschaftsvereins dies zulassen.“ An dieser Energie eines Zentrumsblattes könnte sich der Redakteur eines gewissen christlichen Gewerkschaftsblattes ein Beispiel nehmen, dessen Wertschätzung so weit geht, daß er mit seiner Neutralitätsklausel bewußt den wirtschaftlichen Gegnern in die Hände arbeitet.

**Streikjustiz.** 32 Jahre Gefängnis und 16345 Mk. Geldstrafe, das ist das Ergebnis der 1206 Streikprozesse infolge des verlorenen Streiks der Ruhrbergleute. Und dabei haben 372 dieser Prozesse mit Freisprechung und 29 mit Einstellung des Verfahrens geendet. Der dritte Teil aller Anklagen ist also selbst nach dem Urteile der doch gewiß nicht gerade arbeiterfreundlichen Richter ohne Grund erhoben worden. Dabei handelt es sich auch bei den Verurteilungen, die zur Verurteilung führten, um meist recht harmlose Vorgänge. Der „Ruf“ oder „Streikbrecher“ genügt der preussischen Schnelljustiz, um eine exemplarische Strafe zu verhängen. Die durchschnittliche Höhe der Geldstrafen betrug 38,70 Mk. Geldstrafen gab es bis zu 150 Mark. Gefängnisstrafen fielen bis zu einer Woche 73mal, darüber bis zu einem Monate 231mal, darüber bis zu einem Jahre 75mal und in vier Fällen bei Männern über ein Jahr. In die Gefängnisstrafen fielen sich 299 Männer mit zusammen 28 Jahren, 3 Monaten und 2 Wochen, 84 Frauen mit 2 Jahren, 8 Monaten, 2 Wochen und 4 Tagen. Geldstrafen erhielten 274 Männer 10601 Mk. und 148 Frauen 5744 Mk. Es sind also erschrecklich viele Opfer, die der Streik in der Ruhrkohlenreviere gefordert hat. Das Bedauerlichste dabei aber ist, daß ein großer Teil der Fälle auf das Verhalten und das Denunziationsbedürfnis des christlichen Bergarbeiterverbandes zurückgeführt werden muß. Also auf dieselbe Arbeiterorganisation, die jetzt Annäherungsversuche an den freien Bergarbeiterverband macht, um so der Mitgliederflucht einen Damm entgegenzusetzen.

**Staatserrückende Elemente.** Welche Kreaturen manchmal als Arbeitswillige von der Polizei gefügigt werden, illustriert folgende uns aus Mülhausen i. E. bekannt gewordene Tatsache: Unter den gelegentlich der Streikbewegung der Bauarbeiter am dortigen Nordbahnhof — welche bekanntlich zwei jungen, unschuldigen Leuten das Leben kostete — importierten Arbeitswilligen befanden sich auch zwei Krotalen, die wegen Raubmordes von Saarbrücken aus verfolgt wurden. Einer davon, ein äußerst gewalttätiger Mensch, war wegen eines weiteren Deliktes, begangen an seinen Arbeitskollegen, bereits flüchtig gegangen, wurde jedoch eingeholt und verhaftet. Und solche Nordbuben will man in Deutschland noch mit erböstem Schutze umgeben, wenn sie als Arbeitswillige deutschen Arbeitern das Brot aus der Hand schlagen!

**Nix dattsch!** „Die Drehsahn“, d. h. die Direktion, einer reifen Gaultierbande „hatte vor nicht langer Zeit in ihrem „Mischel“ ein „Mischel“ an den Schindeln folgendes zu lesen war: „Bekanntmachung: Das die Künstler-geschaft Am Dienstag die Erste Hauptvorstellung Stadt Findel 6 M. Acharischestrichkonzert 4 Lustakrohan, 3 Klone Damen Gelaq, Komidier Acharischstange, Treffte Pferde-Sunde Anfang 8 Uhr, Preise der Plätze Siebels 30, Siebels 20, für Kinder auf alle Plehe die Hefle, es Ladet Freudlich Ein die Drehsahn. Robert Alder, Am Mittwoch Findel die zweite Vorstellung Stadt. Die Vorstellung findet Stadt im Zell die Straße zum Bahnhof.“ Mit dem Studium dieser Bekanntmachung wollten die Künstler dem Publikum anscheinend eine Vorfreude bereiten.

**Handwerker und Kaufmann.** Aber die Frage, wer als „Handwerker“ und wer als „Kaufmann“ zu gelten habe, hat ein Erlass des Handelsministers folgende Bestimmungen getroffen: Der Besitz einer handwerklichen Fachausbildung ist nicht von entscheidender Bedeutung, da der Inhaber eines Betriebs trotz seiner handwerklichen Fachausbildung lediglich der kaufmännische Leiter eines kaufmännischen Unternehmens sein kann. Handwerker ist derjenige, der sich als Mitarbeiter oder Leiter selbst an der Erzeugung einer Ware beteiligt und einen Betrieb unter sich hat, in dem gelernter Arbeiter durch Handarbeit, die durch Maschinen zwar unterstützt, aber nicht ersetzt werden darf, eine Ware unmittelbar herstellen. Als Kaufmann ist derjenige anzusehen, der ohne Rücksicht auf etwaige Handwerker-Ausbildung nur eine kaufmännische Tätigkeit hat und sich an der Herstellung der Waren persönlich oder durch eigne Mitarbeit nicht beteiligt. Der kaufmännische Charakter eines Betriebs wird ferner noch dadurch bestimmt, daß in der Hauptsache ungelernete Arbeiter zur Bedienung der Maschinen, die die Waren herstellen, angestellt sind und weitgehende Arbeitsleistung in dem Betriebe herrscht. Wenn noch dazu kommt, daß der jährliche Umsatz des Unternehmens sehr beträchtlich ist sowie daß die Waren auch ohne feste Bestellung auf Vorrat geliefert werden, wie in einem Fabrikunternehmen, dann sind die Voraussetzungen

dafür gegeben, daß das Unternehmen als kaufmännisches anzusehen ist. Der Inhaber wird also, ohne Rücksicht auf seine handwerkliche Ausbildung, als Kaufmann zur Handelskammer gehören.

**Briefkasten.**

D. C. in M.: Zufundung ganz bemerkenswert; kann bei passender Gelegenheit angebracht werden. Freundl. Gruß! — S. S. in M.: Sie überlassen uns wohl jenes Material noch einige Zeit? — M. B. in A.: Selbstverständlich! Die ehrenwerte Firma Schwindelmeier & Co. weiß natürlich noch nicht, wie sie sich herauswinden soll. Das wird eine Schwerkriegs werden! Mitäus Bemerkung im Schlusswort der grobsten Geheimfälschung, daß der Tugendbund nichts zu verfuhrten und nichts zu fürchten habe, ist eine Selbstverpöfung ohnegleichen. Warum dann die ängstliche Abschließung vor der Öffentlichkeit, diese blamable Kennzeichnung listischeun Tuns? Die Spielgesellen der Scharmacher, denen der „Arbeitsgeber im Druckgewerbe“ in seiner letzten Nummer wieder einen Bruder schmaß um den andern verfehlt, sind nur in einem Punkte groß und stark, nämlich den Vertreterinnen des horizontalen Gewerbes erfolgreich Konkurrenz zu bieten. Ihr „Arbeiterblatt“ schreit darin auch die größten Anstrengungen nicht. Ob wir uns mit dem allersten Eigenbrei befaßen werden, darüber können wir Ihnen jetzt noch keine Zusage geben. — G. W. in E.: Nicht aufnahmefähig, zu nichtslegend. Wenn wir auch nicht verlangen können, daß jeder eingeklandete Artikel eine erklärende Arbeit sein soll, so müssen wir doch erwarten, daß wenigstens den zu stellenden Anforderungen einigermaßen genügt wird.

**Verbandsnachrichten**

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.  
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 191.

**Berlin Altona.** (Gautagsdelegiertenwahl.) Abgegebenen Stimmzettel 246. Es erhielten Stimmen die Kollegen: C. Berger 125, H. Belke 77, W. Göpel 62, D. Graf 90, A. Lichtenstein 107, M. Müller 150, M. Neßler 167, A. Rohland 86, R. Schimpf 137, K. Simon 158, A. Starkloff 74, R. Stöcker 103, E. Sturm 232, R. Wagner 94. Die gesperrgedruckten Namen sind die der Gewählten.

**Berlin Gera.** (Berichtigung zur Gautagsdelegiertenwahl.) Abgegebenen 298 Stimmzettel, eingegangen 260. Es erhielten die Kollegen: Paul Feufel (Gera) 219, Paul Murosch (Pöbbedi) 204, Ernst Schubert (Gera) 200, Oskar Götz (Weida) 195, Walter Ranke (Gera) 192, M. Schumacher (Eisenberg) 184, Walter Körbs (Köftritz) 169, M. Langbein (Wünschendorf) 131, Adolf Bohne (Gera) 124, Werner Breml (Gera) 116 Stimmen. Die gesperrgedruckten Namen sind gewähl.

**Berlin Kottbus.** Der Bruder Franz Siegel aus Kottbus, der sich in Kottbus befindet, seine Adresse an Edmund Simon in Kottbus, Marktstraße 5, gelangen zu lassen, damit ihm sein Verbandsbuch zugestellt werden kann.

**Arbeitslojenerunterstützung.**

**Augsburg.** Die Herren Reisekasserverwalter werden ersucht, dem Seher Paul Schramm aus Annaberg (Hauptbuchnummer 92563) den hier erhaltenen Vorstoß im Betrage von 1,05 Mk. abzugeben und portofrei an Philipp Schmid, Morellstraße 19 I, einzuliefern.

**Hamburg.** Das Verbandsbuch des Sehers Jean Fjcher aus Köhr (Hauptbuchnummer 32556, Gummnummer 3675) ist in Norwegen verloren gegangen. Sollte dieses Buch irgendwo vorgezeigt werden, so ist es an den Hauptverwalter, Kollegen Robert Glaser, Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II, einzuliefern. Er erhielt ein neues Buch (1686 Hamburg-Altona).

**Waldenburg i. Schl.** Die Herren Reisekasserverwalter werden gebeten, dem auf der Reife befindlichen Seher Karl Spindler (Hauptbuchnummer 42387, Gau Berlin 5802) den Betrag von 1,50 Mk. abzugeben und portofrei an Hermann Neumann, Gartenstraße 1, einzuliefern. Sp. hatte die Legitimation aus dem Buche herausgenommen und gab sich als ausgefeuertes Mitglied an, worauf ihm irrtümlicherweise der obgenannte ortsübliche Betrag für ausgefeuerte ausgezahlt wurde.

**Berichtsammlungskalender.**

Berlin. Generalversammlung Mittwoch, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der „Neuen Welt“, Halenheide 108-114.  
Eisenburg. Berammlung heute Dienstag, den 18. August, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause „Eiweiß“.  
Erfurt. Maschinenmeisterversammlung am Mittwoch, dem 20. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Eiweiß“.  
Röbeck. Berammlung Freitag, den 22. August, abends 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshause“.  
Wismar. Berammlung Mittwoch, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, in der „Waldhalle“.

Größere südwestdeutsche Tageszeitung sucht zum Eintritt für sofort oder später einen tüchtigen

**Rund- und Flachstereotypen**

womöglich mit Erfahrung am Schnellapparat. Nur erstklassige Stücke wollen. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Gehaltsanspruch unter Nr. 235 der Geschäftsstelle d. Bl. einfinden.

**Junger, tüchtiger Akzidenzsetzer**

wünscht sich per 1. Oktober nach Leipzig zu verändern. Gefl. Offerten unter R. L. 233 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**H. MATHAEUS**  
DESSAU  
Flößerstraße 46  
Katalog gratis u. fr.

**Gesundheitsfucher!**

spart Zeit und Geld!  
Naturkuren von durchgreifender Wirkung im sonstigen Unwohlsein. Nur kurze Zeit und wenig Geld erforderlich. Borgiale Reformulde. Viele begeisterte Anhänger! 153  
Berlangt Prospekt B 10.  
Kurbad Sommerfeld, Saalfeld (Thüringen).

**Fritz Baresel**

Schriftsetzer, wo steht Du? Gib Deinen besorgten Eltern in Neutrefflich Nachricht. [234]

Am 12. August verschied nach langen, schweren Leiden an Schlaganfall unser lieber Kollege, der Seherstereotypen

**Anton Rechner**

im 24. Lebensjahr. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [237]  
Die Mitgliedschaft Augsburg.

**Todesanzeige**

Am 13. August verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit unser werkes Mitglied, der Drucker [236]

**Joseph Claren**

aus Wesseling, im Alter von 34 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Der Ortsverein Köln (W. d. D. B.).

**Seitenmaß** mit sämtlichen Einleitungen 20 Pf.  
E. Fritz, Frankfurt am Main 3.